

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 2/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.80, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Ort. W. L. S. 24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interkommissarischer Betrag für die einhalbjährige Kolportage über den Raum 80 Pfg. Kuwadmerger 40 Pfg. Doppelrate unter 100 Pfg. Einzelrate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Kuwadmerger 25 Pfg. Verzeichnis der Veranlassungen Einzelrate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 34.

Breslau, Dienstag, den 10. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Konfession ist Privatsache.

Am Sonntag hat man gleich an zwei Stellen gegen den Papst und gegen den Kardinal Kopp protestiert. In Berlin tagte der Reichsausschuß der Zentrumspartei, und in Bochum waren unter der Firma einer Delegierten-Konferenz katholischer Arbeiter Westdeutschlands die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften versammelt.

Aber wir haben uns nicht ganz korrekt ausgedrückt: zum mindesten die Resolutionen, die der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden sind, richten sich weder gegen seine Heiligkeit noch gegen Seine Eminenz, sondern bewegen sich in den allgemeinen Nebenindungen, die man seit Langem bei der Zentrumspartei sowohl wie bei den Christen gewöhnt ist. Es wird von den „Quertreibereien“ und den „Quertreibern“ gesprochen, die Arbeiterkündigungs erwahnt außerdem noch die „integralen“ Katholiken. Nirgendwo wird das Kind beim rechten Namen genannt, und man gibt sich krampfhaft Mühe, die Fiktion aufrechtzuerhalten, als seien es irgendwelche scheußliche Laten, die der Zentrumspartei und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Ziele in den Weg legen. Es ist die alte Geschichte: man meint den Papst und schlägt auf den Großen Oppersdorff.

Zunehmend muß anerkannt werden, daß die Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei — sie ist die weitaus wichtigste von den beiden — eine recht deutliche Abgabe an die Kurie und an die sonstigen Gegner der sogenannten Rädler Richtung in der römischen Hierarchie bedeutet. So scharf ist von einer maßgebenden Instanz des Zentrums noch niemals der rein politische Charakter der Partei betont worden. Der Rädler Julius Bachem konnte am Sonntag einen Triumph feiern, denn seine Parole: Wir müssen aus dem Turm heraus, ist als die offizielle Parteiparole anerkannt worden. Der Reichsausschuß befragt sich in dem Aufruf, den er an die Mitglieder der Partei erläßt, nicht mit der einmaligen Feststellung, daß das Zentrum eine politische Partei sei; damit nur ja keine Zweifel mehr möglich sind, wird diese Versicherung wiederholt: Grundsätzlich ist das Zentrum nichtkonfessionell.

Was weisen die zu Berlin versammelten Führer auf die großen Verdienste hin, die sie und ihre Vorgänger im Parlament sich um die katholische Kirche in Deutschland erworben haben, und sie versprechen, im Geiste der Gründer der Partei, der Reichensperger, Maximilian, Windhorst usw., in derselben Richtung weiter zu arbeiten. Aber sie setzen unumstößlich auseinander, daß diese Kirchenpolitik ihre Wurzeln nicht etwa in dem katholischen Charakter des Zentrums habe, sondern dem Programm einer Partei entspreche, die den Staat und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger anstrebe. Man habe die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht und so solle es auch in Zukunft gehalten werden, da ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen sei.

Mit anderen Worten: Konfession ist Privatsache! Auch wenn Pius X. in dem Aufruf mit keinem Wort erwähnt ist, so wird ihm mit diesem Bekenntnis doch der Fehdehandschuh hingeworfen, und man darf nun auf seine Antwort gespannt sein. Nach allem, was man von dem Papste weiß, nach all seinen Kundgebungen, seinen Enzykliken, so gut wie seinen privaten Schreiben, darf ohne weiteres angenommen werden, daß er von der Berliner Resolution sehr wenig erbaut sein wird. Die Frage ist nur, ob er den Mut besitzt, es auf einen offenen Kampf ankommen zu lassen. Wagt er es, so kann der Augenblick eintreten, in dem der Reichsausschuß sein festes Vorgehen noch einmal beweisen wird.

Die Sachverhalte mögen ein hohes Spiel, denn womit wollen sie die verschiedenartigen Elemente der Partei auf die Dauer beieinander halten, wenn Kom sich zu ihr in einen direkten und ausgesprochenen Gegensatz stellt? Das allgemein christliche Band ist nur solange stark genug, als das Einverständnis des Heiligen Stuhles vorhanden ist. Reißt dieses, fordert das Haupt der katholischen Kirche von den Gläubigen auch im politischen Leben die absolute Unterwerfung unter die besondere katholische Sittenlehre, so wird es nicht möglich sein, die Katholiken bei einer Partei zu halten, die die Konfession für Privatsache erklärt.

Herr Julius Bachem in Köln ist viel zu klug, um das nicht zu wissen und wenn man seine Politik verstehen will, muß man sich vor Augen halten, daß seine Ablehnung des konfessionellen Charakters der Partei ihre positive Ergänzung in dem Streben findet, aus dem Zentrum die eigentliche staatsverhaltende und Regierungspartei zu machen, die den Verlust der integralen Katholiken durch den Gewinn integraler Republikaner ausgleicht. Er will aus dem Turm heraus, nicht weil er auf Grund irgendwelcher ethischen Erwägungen die konfessionelle Absonderung und die konfessionelle Sitten behauptet und verurteilt, sondern weil er nur

so zu einer Zusammenfassung aller jener Kräfte gelangen zu können glaubt, mit denen sich ein erfolgversprechender Kampf gegen den Sozialismus und gegen die Demokratie führen läßt. Unter Ablehnung des spezifisch junkerlich-ökstebischen Konservatismus wollen die Anhänger der Bachem'schen Richtung aus dem Zentrum jene Partei der Besitzenden machen, die die bestehende Gesellschaftsordnung und die bestehende Staatsform mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit verteidigt. Deshalb das lebhafteste Bestreben dieser Leute, die Beziehungen zu den Konservativen zu erhalten und gleichzeitig die Nationalliberalen noch immer mehr zu sich herüberanzuziehen, deshalb die ständig erneute Aufforderung zum gemeinsamen Feldzug gegen die Sozialdemokratie.

In diesem Punkt aber beginnt das besondere Interesse der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Christlichen Gewerkschaften. Indem die Zentrumspartei sich gebärde, als helfe sie die Stellung der Christen gegenüber den Ansprüchen der Kurie verteidigen, will sie die katholischen Arbeiter doch nur für ihre demagogischen und antizözialen Zwecke gewinnen. Das beweist im übrigen eine Stelle des Berliner Aufrufs deutlich genug. „Alle Mitglieder der Partei,“ so heißt es da, „müssen von der Überzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hintangehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet.“ Hier wird mit einer Offenheit, wie sie nur in gewissen Äußerungen aus der Zeit, die der Gründung der christlichen Gewerkschaften voranging, ihre Beispiele hat, zugestanden, was die christlichen Organisationen dem Zentrum sind und sein sollen, der Sturmboß gegen die Sozialdemokratie, die Avantgarde im Kampfe der unter der schwarzen Fahne geeinigten Ordnungsparteien gegen den politischen und sozialen Fortschritt.

Politische Uebersicht.

Die Politik der Liberalen.

Herr Bassermann stürzt sich in höchst überflüssige Anfechtungen, indem er im „Deutschen Kurier“ noch einmal auseinanderlegt, daß die Nationalliberalen treue Anhänger der „bewährten“ Wirtschaftspolitik seien und daß demzufolge die Sorgen der Agrarier, der gemäßigte Liberalismus könne nach links abzuweichen, jeder Begründung entbehren. Das ist längst allgemein bekannt und bedürfte wahrhaftig keiner neuen Bekräftigungen. Interessant sind an dem Bassermann'schen Artikel nur die Betrachtungen, die er über die Freisinnigen anstellt. Er rechnet sie zwar noch zu den Gegnern des gegenwärtigen Posttarifs, aber er glaubt doch feststellen zu können, daß die Fortschrittliche Volkspartei sich in einem Umbildungsprozeß befinde und daß sie schon heute eine Anzahl von überzeugten Schutzöllnern in ihren Reihen habe. Mit liebevoller Sorgfalt trägt er Bemerkungsmaterial für diese Behauptung zusammen, und da einiges davon in weiteren Kreisen noch nicht bekannt geworden ist, sei es hier wiedergegeben:

Der vor wenigen Wochen in Gerabronn gewählte Landtagsabgeordnete Herrmann hat sich in seinem Wahlprogramm als Anhänger der bestehenden landwirtschaftlichen Schutzölle bekannt und verdankt diesem Umstande auch seine glänzende Wahl. Der frühere Land- und Reichstagsabgeordnete Herrmann im Wahlkampfe unterstützt hatte, eine in seinen Forderungen sogar noch weiter und meinte, daß die Frage ernstlich zu erwägen sei, ob nicht bei manchen Positionen an eine Erhöhung der bestehenden Schutzölle gedacht werden müsse. Einer der Parteiführer der Fortschrittlichen Volkspartei in Württemberg, Landtagsabgeordneter Fischer-Weiß, hat eine durchaus unüberwindliche Haltung eingenommen. Fischer sprach in einer öffentlichen Versammlung zu Münsingen über das Kartell der schaffenden Arbeit. Nach dem Bericht des dort erschienenen „Albboten“ führte er aus, daß die Volkspartei überwiegend auf dem Standpunkt stehe, daß an den landwirtschaftlichen Zöllen zurzeit nichts geändert werden dürfe. Es könne sich höchstens um eine Befreiung der Futtermittelölle handeln. Bemerkenswert ist auch die Stellungnahme des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Kunze. In der letzten Versammlung, die unlängst in Göttingen und in Schorndorf stattfanden, vertrat er unter dem lebhaften Beifall seiner Zuhörer die Ansicht, daß eine Befreiung der bestehenden Schutzölle für unsere deutsche Landwirtschaft eine Katastrophe bedeuten würde. Dazu kommen die Ausführungen des hessischen Fortschrittlichen Mannes Kroll, der ein tüchtiger Schutzöllner ist und anderer.

Vielleicht wird die Fortschrittliche Volkspartei nun erklären, daß alle die Genannten Außenseiter seien, vielleicht wird sie der Sicherheit halber auch den Mund halten. Die Agrarier andererseits werden alle diese Mittelungen zwar gern zur Kenntnis nehmen, aber der Bericht der Fortschrittler auf freihändlerische Politik interessiert sie im gegenwärtigen Moment weniger als die Pläne der Nationalliberalen für den Fall, daß es infolge der Haltung Russlands und Oesterreich-Ungarns wirklich hart auf hart kommt. Das allgemeine Bekenntnis zur „blauen“ Schutzölpolitik genügt ihnen ja noch keineswegs; sie wollen Gewißheit haben, daß die Freunde des Herrn Bassermann auch bereit sind, es lieber auf einen Zollkrieg ankommen zu lassen, ehe sie aus dem Gebiet der landwirtschaftlichen Zölle Zugeständnisse machen. In dieser Beziehung werden sie in der nächsten Zeit wohl an den Führer der nationalliberalen Partei noch

Die Jesuitenkomödie von Danabrück.

Das unvernünftige, auch von der sozialdemokratischen Presse scharf bekämpfte Rebeverbot gegen den Jesuitenpater Cohaus in Danabrück ist aufgehoben worden und hat natürlich dann als starke Neleame für den Vortrag gewirkt, der vor einem überfüllten Auditorium stattfand. Die Regierungsbehörden haben eine vollständige Schwendung vollzogen und sind nun der Begeisterung voll für den vorhin so schmähtlich verkannten jesuitischen Ordnungserreiter. Nach der Erzberger-Korrepondenz hebt der amtliche Bericht lobend hervor, daß nicht nur keine Störungen vorgekommen seien, sondern daß der Redner mit großem Geschick seine Aufgabe gelöst habe, so daß auch die Protestanten voller Anerkennung über diese Rede seien.

Uebrigens erfährt das Danabrücker Zentrumblatt, daß nach dem Vortrag, wie ihr Redakteur selbst gesehen habe, der Regierungsrat Frielinghaus auf Herrn Cohaus zurück und dem Redner den Dank des Herrn Regierungspräsidenten übermittelt, daß er alles vermieden habe, was irgendwie hätte anstoßen können. P. Cohaus erwiderte, daß es überhaupt nicht Sitte der Jesuitenpaires sei, zu provozieren.

Darüber gerät nun wieder die Kulturlampfpreise in helle Wut. Die „Tägl. Rundschau“ schreibt:

Das sind ja merkwürdige Zustände. Es fehlt nur noch, daß man den Jesuitenpater dafür, daß er so anständig war, nach dem Verbot seines ersten Vortrags die Lieberstellung des Gelehes zu unterlassen, befohrt. Wir haben erlebt, daß unter der öffentlichen Einladung zu dem Vortrag desselben Jesuitenpaters in Berlin am 21. November mit Titeln und Würden verzeichnet stand der Wirkliche Geheimregerungsrat Dr. Freudenthal, der Geheimregerungsrat Heusinger, beide aus dem preussischen Kultusministerium, und der Geheimregerungsrat Wirmeling aus dem Reichsamt des Innern. Jetzt wird sogar ein amtlicher Bericht an den Abgeordneten Erzberger gegeben, damit er gleich nach dem Vortrag des Paters Cohaus an öffentlichen Reklamazwecken und zu Angriffen auf den Volkshändeln leben wir? In der Sache gibt man dem Polizeidirektor recht, zugleich aber desavouiert man ihn durch einen überhöflichen Brief an die Zentrumsabgeordneten Götter und Erzberger, desavouiert ihn und eulchürt seine Autorität durch Mitteilung eines amtlichen Berichts an den Abgeordneten Erzberger und bedankt sich noch bei dem gnädig von oben abzuwendenden Jesuitenpater, obwohl tatsächlich nur durch das tatkräftige Eingreifen des Polizeidirektors die von diesem Jesuitenpater versuchte Störung des konfessionellen Friedens hintangehalten werden konnte.

Der ohnmächtige Versuch des kulturlampferischen Blattes, die Behörden gegen die Jesuiten zu hegen, erledigt sich durch die Tatsachen von selbst. Darin wird man aber mit der „Tägl. Rundschau“ übereinimmen können, daß die preussische Verwaltung mit ihrem ganzen Autoritätsdankel den Jesuiten gegenüber eine ziemlich lächerliche Rolle spielt.

Der Wahlkampf in Jerichow I und II.

Im Wahlkreis Jerichow I und II findet heute die Nachwahl für den Genossen Haupt statt, dessen Mandat die Mehrheit des Reichstages für ungültig erklärte, weil die Gegner sich Unregelmäßigkeiten aufzählen konnten. Genosse Haupt wurde 1912 in der Stichwahl bekanntlich nur mit wenigen Stimmen Mehrheit gewählt. Die Wogen des jetzigen Wahlkampfes gegen Haupt sehr hoch, da die Gegner hoffen, uns das Mandat wieder zu entreißen. Für die Sozialdemokratie kandidiert wieder Genosse Haupt, während die Konservativen den Mittelwärtigen Schiele und die Fortschrittler den Fleischwemmer Kobelt aufgestellt haben, der von 1907 bis 1912 Magdeburger Reichstagsabgeordneter war.

Der ausgedehnte, rein ländliche Wahlkreis hat sehr häufig seinen Abgeordneten gewechselt. Er war abwechselnd in nationalliberaler, freisinniger, konservativer und freikonservativer Besitz; 1912 fiel er zum ersten Male an die Sozialdemokratie. In der Hauptwahl erhielten: Haupt (Soz.) 11.992, v. Byern (Kon.) 9870, Werten (frei.) 8291 Stimmen; in der Stichwahl: Haupt 15.273, v. Byern 15.254 Stimmen.

Bei diesem Stimmverhältnis gaben sich beide bürgerlichen Kandidaten der Hoffnung hin, mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen, in der sie dann mit Hilfe aller bürgerlichen Stimmen zu siegen gedenken. Wie es schließlich mit dieser Stichwahl werden wird, steht noch dahin. Zu einer freisinnigen Versammlung in Genthin hat der Vorsitzende, ein Bureauvorsteher Braune, die Parole ausgegeben, unter allen Umständen den Sozialdemokraten unter den Tisch fallen zu lassen und einen bürgerlichen Kandidaten zu wählen, ganz gleich, ob es nun der Liberale oder der Konservative sei. Diese vorzeitige Festlegung für die Stichwahl war den Fortschrittlichen begreiflicherweise äußerst unangenehm, und sie zwangen Herrn Braune, seiner Neuerung eine harmlose Deutung zu geben. In einer konservativen Versammlung erklärte dann später ein konservativer Justizrat, bei einer Stichwahl zwischen Kobelt und Haupt werde man Gewehr bei Fuß stehen, wenn man nicht die Stichwahl erhalte, daß die Konservativen auf liberale Wahlhilfe zu rechnen hätten, falls sie mit dem Sozialdemokraten die letzte Entscheidung auszusprechen hätten.

Eine jämmerliche Rolle spielen die Nationalliberalen. In einer tendenziösen Erklärung behaupten sie selbst bürgerliche Kandidaten als ihren gleich nahe liegenden, um dann Kobelt mehr fall als warm zu empfehlen, weil — er ja schon einmal „würdiger Vertreter eines Reichstagsabgeordneter“ gewesen sei. Die nationalliberale Presse, woran die Magdeburger „Zeitung“ hat für die fortschrittliche Kandidatur noch nicht viel Anzettelung verbraucht; sie agitiert vielmehr indirekt für den Konservativen. Gegen die Erklärung der Nationalliberalen ist auch bereits öffentlich aus ihnen eigenen Reihen Widerspruch erhoben worden mit der deutlichen Aufforderung, konservativ zu bleiben, sobald Herr Kobelt befehligen muß, daß seine Handes unter von 1907 und 1912 — er war damals in Magdeburger

gemeinsamer Kandidat aller bürgerlichen Parteien — ihn in seinen Ehren im Stich lassen werden.
Diese Bundesversammlung hat übrigens den fortschrittlichen Kandidaten schon in mancher unangenehmer Situation gebracht. Dieselben Kandidaten, die 1907 und 1912 zu seinem Mandat gewählt wurden, muß er jetzt bekämpfen, und es ist oft förmlich zu hören, wie der Herr Nobelt von 1914 den Herrn Nobelt von 1912 in die Pfanne haut. Diesmal ist er als „reiner Fortschrittler“ auf, der sogar in der fortschrittlichen Volksversammlung nicht als „reiner Fortschrittler“ sich als wilhelmscher Gebildeter. Mit seinen fortschrittlichen Grundansichten ist es freilich auch jetzt noch nicht weit her und das fortschrittliche Programm scheint ihm eine ziemlich unbekante Größe zu sein. Besonders in den Fortschritten hat er sich bedeutliche Blüten gegeben und gezeigt, daß er fast zum ausschließlichen Schutzdiener ist. Auf mit seinen Wählern macht er sich schlechte Erfahrungen. Ein fortschrittlicher Dr. Krohne erklärte beispielsweise in einer Versammlung, daß in Elbsh-Vorbringen erst dann wieder Ruhe einzutreten würde, wenn es zur preussischen Provinz gemacht würde; es sei ein Fehler gewesen, Elbsh-Vorbringen eine Verfassung zu geben. Das soll nun fortschrittlich sein!

Auf welchen Ton viele konservative Neben gestimmt sind, zeigen die Schlussworte mit denen der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wackermeister Pauli eine Rede in einer Versammlung in Burgschloß, in der sich der Kandidat Schiele vorstellte. Er sagt: Die Worte müsse sein: „unter mit dem blutigen, schmutzigen roten Fleck der Sozialdemokratie in Jericho I und II!“ Unseren Genossen haben nur in weiten Erien des ausgedehnten Reiches Veranlassungstafeln zur Verfügung. Mit Hilfe dieser Wanderzelle gelang es aber doch, eine intensive Versammlungstätigkeit zu erreichen, hoffentlich mit dem Erfolge, daß bei der Stichwahl, zu der es sicher kommt, wieder das rote Banner über dem Meis steht.

Der Marineetat in der Budgetkommission.

Am Sonntag wurde nach längerer Aussprache gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein Marine-Uttag für vier Monate, der besonders die Interessen der Schiffsbau-, Waffen- und Maschinenindustrie fördern soll, bewilligt. Das Zentrum vollzog damit einen Unfall, denn im Vorjahre hat es den Posten gestrichelt.

Darauf gab der Vertreter des auswärtigen Amtes, Unterstaatssekretär Zimmermann, Aufschluß über die Stellung Deutschlands in den zwischen mehreren Staaten schwebenden Konventionen um die Verträge in Westpazifik, Indien und Syrien und über die Erleichterung der Delawellen in Mexiko.

Beim Kapitel Instandhaltung der Flotte und der Verstärkung des Reichsflotten (R.F.) zahlreicher Beamtenswünsche vor, deren Erleichterung jedoch zum Teil bis zum Erscheinen der Reichsdumarsnovelle zurückgestellt werden mußte. Genosse Brande nahm sich in bezug auf die Ausführung der mannigfachen Wünsche und Beschwerden an, die besonders von Arbeitern und Angehörigen der Flotte geäußert werden. Er verlas eine übersichtliche Nachweise über die Zahl der Unfälle, Verletzungen und Urlaubsverletzungen, behandelte die öffentlichen Zurücksetzungen der Arbeiterausweise und die Entlassung von Arbeitern wegen politischer Gesinnung und Parteizugehörigkeit. Mantei behandelte über parteiische Stellungnahme der Reichsverwaltung bei Arbeitskampfen in der Privatindustrie, die Fortdauer des Überstundenweizens, die vielfach recht geringen Verdienste und die zu große Zahl von Betriebsbeamten und wünschliche Erweiterung des Erholungsurlaubs, durchgehende Arbeitszeit, wünschliche Arbeitsverhältnisse u. a. m. Staatssekretär v. Trebitsch wird sich am heutigen Dienstag zu den Wünschen und Beschwerden äußern.

Schritte in der Krankenversicherung.

Einige Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ zufolge werden gegenwärtig in maßgebenden Kreisen Vorbesprechungen darüber abgehalten, um neben den Ortskrankenkassen auch Landkrankenkassen zu errichten. Die Vorbesprechungen nehmen einen so günstigen Verlauf, daß bereits mit Sicherheit mit der Errichtung der Landkrankenkassen gerechnet werden kann. Ein informierter Stelle hofft man dadurch den vielen Unfällen, die sich bei der Behandlung der erkrankten Dienstboten ergeben, aus dem Wege gehen zu können. Die einzige Lösung der Frage sei die Errichtung von Landkrankenkassen, mit denen auch die freie Wahl eingeführt werden würde.

Mit Recht höhnt die „Deutsche Tageszeitung“, die allerdings mit der Errichtung von Landkrankenkassen sehr einverstanden ist: „Das schreibt das „Berliner Tageblatt“, das vorher von ihm verhängelten Sozialdemokraten zu Liebe dringend vor den — agrarischen“ Klassen gewarnt und die Wilmersdorfer und die Friedenauer wegen ihrer Landkrankenkassen als reaktionäre

Töpel verhöhnt hatte. Es kann schreiben laßt, es kann schreiben rechts. — Uebrigens steht die ehemalige Errichtung von Landkrankenkassen in den Vororten durchaus noch nicht vor der Tür.“

Strafe muß sein!

Die „Straßburger Post“ meldet aus Zabern: Am 1. Oktober 1914 sollte die Haberner Garnison bekanntlich eine Nachhierher gelangten Meldungen der Militärbehörde wurde die geplante Verfestigung nun endgültig unterbleiben. Sämtliche Kosten, die durch Abschließung von Kaufverträgen bis jetzt entstanden sind, werden durch den Militärstatus getragen. — Wolffs Telegraphen-Bureau bestätigt die Meldung. Von zuständigen Stelle wird ihr mitgeteilt, „daß aus zwingenden militärischen Rücksichten, darunter auch solchen auf die Ausbildung, die Wahl eines anderen Standortes für die zweite Abteilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 84 erwogen wird.“

Um zu zeigen, wie grundverworfen die Haberner Bevölkerung ist und wie wenig Anrecht sie deshalb auf den Verkehr mit förmlich preussischen Militär hat, wird gleichzeitig mitgeteilt, der Leutnant v. Forstner habe am Sonnabend vorübergehend in Zabern verweilt, um vor seiner Ueberstellung nach Bromberg seine Angelegenheiten zu ordnen. Als er gegen Mittag, gerade um die Zeit, wo die Schulen, Parteien und Geschäfte schließen, in Begleitung von zwei Kameraden die Poststraße passierte, habe sich ihm ein Haufe von etwa fünfzig Kindern angeschlossen, aus deren Mitte auch wohl Rufe gehört worden seien. Die Gendarmen sei aber alsbald zur Stelle gewesen und habe jede Ausschreitung verhindert.

Zentrumshilfe für Herrn Liebert.

Die ultramontane „Sächsische Volkszeitung“ befaßt sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl im 14. sächsischen Wahlkreis. Das Blatt kündigt die ganze Größe der Gefahr, die darin liegt, daß der Kreis an die Sozialdemokratie verloren zu gehen droht, an. Dem Zentrum liegt aber daran, daß Herr v. Liebert gewählt wird und deshalb wird von einer besonderen Zentrumskandidatur abgesehen und die Zentrumswähler hier angewiesen, gleich im ersten Wahlgang für Liebert zu stimmen. Das Zentrum erweist sich damit als unheimlich selbstlos. Vor einigen Jahren hat der Geschäftsführer des Liebertschen Reichsverbandes, Dr. Soenenich, an einen Zentrumsmann — dessen Parteistellung er natürlich nicht kannte — geschrieben: Wenn der Reichsverband die Sozialdemokratie überwinden gäbe, dann hätte das Zentrum an die Reihe, und im Reichstage hat Herr v. Liebert gegen die Aufhebung des Jesuengeldes gestimmt. Bei kann diese Hilfe für Liebert freilich nicht bedeuten, denn das Zentrum existiert bei den letzten Wahlen in diesem Kreise ganz 80 Stimmen.

Die Arbeitslojendebatte im württembergischen Landtage

wurde am Sonnabend fortgesetzt. Genosse Mattutat verpflichtete die zahllosen Einwände, die der Minister gegen die Anwendung staatlicher Mittel zugunsten der Arbeitslosen erhoben hatte. Er fragte, wie groß die Zahl der Arbeitslosen sein müsse, bis der Minister eine Arbeitslosennot mache. Den Landtag beunruhigten die Arbeitslosen aus Staatsmitteln zu unterstützen und auch durchzuführen. Mit großer Schärfe wandte sich unter anderem auch an den neugegründeten Arbeitsnachweis des Verbandes der Metallindustriellen Württembergs, durch den die mit staatlichen Mitteln geförderten und vorzüglich wirkenden städtischen Arbeitsämter aus dem Bild würden. Das sei ein monopolistisches Vorhaben der Unternehmer, gegen das auch die Regierung ihren Einfluß ausüben müsse. — Der Volksparteier Fischer bezeichnete die Gründung dieses Arbeitsnachweises als eine Ueberreizung des Machtgehühs der Unternehmer. Für ein sofortiges Eingreifen der Regierung zum Schutze der Arbeitslosen sprach er sich nur dann eines Leites seiner Fraktion aus. Ebenso hatte der nationalliberale Abgeordnete Reich nur einen Teil seiner Fraktion sich für, als er empfahl, daß die Regierung einen praktischen Versuch mit der Arbeitslosenversicherung machen solle. — Der Zentrumstreiber Andre trat den ablehnenden Gründen des Ministers in allen Punkten entgegen. Der konservativer Freiherr von Perglas lehnte dagegen namens seiner Fraktion jede staatliche Arbeitslosenversicherung ab, weil es Sache der Arbeiter sei, sich selbst durch Sparen zu helfen.

Es besteht die Aussicht, daß bei der Fortsetzung am heutigen Dienstag ein Mehrheitsbeschluß gegen die Regierungserklärung zustande kommt.

für die Arbeitslosen. Die sozialdemokratische Ex-verordnetenfraktion der Stadt Ulm brachte in letzter Sitzung einen Antrag ein, 5000 M. für Nothstandshilfe und Arbeitslosenunterstützung bereit zu stellen. Bei Reiffa arbeiten soll für Verheiratete ein Stundenlohn von 85 Pf., Ledige 80 Pf. gewährt werden. Personen, die nicht beschäftigt werden können, oder die sich zu Nothstandarbeiten nicht eignen pro Tag eine Unterstützung von 1 M. und für jedes Kind 15 Pf. bis zum Höchstbetrage von 45 Pf. für drei und mehr Kinder, für Ledige ein Betrag von 70 Pf. gewährt werden.

In einer Erklärung protestierten unsere Genossen gegen Verwickelung der Angelegenheit, forderten die Verhinderung der Arbeitslosenunterstützung und die Ablehnung des Antrages unter allen Umständen in der Sitzung am 19. Februar.

Kurze Anträge im Reichstage wegen Mexiko. Dem Reichstage ging vorhin eine kurze Anfrage der Abgeordneten Vassiljan und v. Richtigoren zu: Zeitungs- und Nachrichtenverbreitung der amerikanischen Regierung das bisher bestehende Verbot der Waffeneinfuhr nach der Republik Mexiko auf. Es dürfte zu befürchten sein, daß dadurch die Revolution gegen den auch von deutscher Seite anerkannten gegenwärtigen Präsidenten der mexikanischen Republik bedeutend gefördert und die Wiederherstellung der Ruhe entsprechend erschwert wird. Ist der Herr Reichstagsminister in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob der Regierung mit Rücksicht auf die durch die dauernden Unruhen in Mexiko schwer geschädigten deutschen Interessen Mittelungen über diese Maßregel seitens der amerikanischen Regierung gemacht wurden?

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Mexiko, Freiherr v. Rechenberg, ist einer offiziellen Meldung zufolge, aus dem einstweiligen in den dauernden Ruhestand übergetreten. In diesem Anlaß wurde er unter Verleihung des Charakters eines kaiserlichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Excellenz ausgezeichnet.

Von der Herrschaft des Militarismus. Am Freitag wurde in Karlsruhe i. W. ein Arbeiter, der mit seinem Freizeit zwei marschierenden Truppenteilen durchfuhr, weil er nicht hatte, den Vorbeimarsch des langen Zuges abzuwarten, von einem Unteroffizier mit dem Gewehrkolben vom Reiter gestochen. Am gleichen Tage wurde ein Arbeiter, der daselbst Verbrechen begangen hatte, auf Veranlassung eines Leutnants von zwei Soldaten mit aufgeschlagenen Schenkelarmen arretiert und in Haft gebracht. Auch am Tage vorher sind zwei ältere Arbeiter, die es eilig hatten und die Aufhebung der Straßenperre nicht abwarten wollten, bewacht von je zwei Soldaten und einem Unteroffizier zur Polizeiwache gebracht worden. — Wenn es so weiter geht, wird die Beliebtheit des Militarismus sicherlich sehr Fortschritte machen.

Massenaufritte auf dem Lande ergelgen sich in der letzten Zeit immer häufiger. Deutlich ersieht man von dem Auszuge eines ganzen heftigen Dorfes aus der Kirche, jetzt berichten ostpreussische Zeitungen davon, daß in einem neugegründeten Arbeiterdorf Verbote etwa 80 Familien aus der Kirche ausgeschlossen sind.

Kerze und Krankenkassen. Aus Braunschweig wird gemeldet, daß dort der zwischen Arzt und Krankenkassen vereinbarte Vertrag von beiden beteiligten Seiten endgültig auf fünf Jahre ananomen wurde und daß damit der Arztstreik beigelegt worden ist.

Eine kleine Zaberner Prügelei vor Gericht. Vor dem Schöffengericht hatten sich der Sohn des Verlegers des „Zaberner Anzeiger“, Wiebecke, und der Schneidermeister Wlad in Zabern wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, Wiebecke außerdem auch wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Es handelt sich um einen Ueberfall auf den Reakteur der „Straßburger Rundschau“, der am Anfang Dezember im Zusammenhang mit einer Verlesung anlässlich der Jaberner Vorläufe verurteilt wurde. Wiebecke wurde zu 100, Wlad zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Beiden wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Ausland.

Die Wahrheit über die Vorgänge in Südamerika.

Ramsay MacDonald, der Führer der englischen Arbeiterfraktion, veröffentlichte einen Brief Oswalds, des Führers der Arbeitergruppe im südamerikanischen Parlament, der ein von den romanischen Schauergerichten bürgerlicher Verurteilung abweichendes Bild der Streitbewegung und ihrer Unterordnung gibt. Es heißt: „Die Lage ist für ernst... Sie können zweifellos die Ursachen des Unruhenstriebs... Diese hatten nur allzuwiele Gründe, energische Maßnahmen anzuwenden. Aber ihr Streik war vollkommen friedlich. Der Herr Roosevelt und andere rieten zur Ruhe und warnen

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

90; (Nachdruck verboten.)
Sidonie riefte durch die Tür und stand einer schlanken, klaffen Dame gegenüber, die, sich auf Elise's Arm stützend, ihr ihre schmale, weiße Hand entgegenstreckte und wohl gewöhnt ihre Schmeichelei war, nur daß sie der Valerie, die sie gekannt und vor siebenundzwanzig Jahren zum letzten Male gesehen, auch nicht im mindesten ähnelte. Nicht, daß die Dame hier nicht noch immer sein und bornehm gewesen wäre — sie war es im Gegenteil noch mehr als früher, wie es Sidonie dankte — auch war sie noch immer schön in ihrer Weise, sehr schön sogar; — aber der prählende Glanz der dunklen Augen, das weiche Aussehen der lieblichen Wangen, das verführerische Lächeln des feinen, roten Mundes, die üppige Fülle des blühenden, kostbaren Haars, das in reichem Kranz ihre Stirn umgab und, im Nacken leicht zusammengehängt, in ein paar düstigen Locken auf die weißen, rundern Schultern herabhingelte — mochte man all der zauberhafte Reiz geschwunden, über dessen Bekanntheit und Süßigkeit sie so oft gelauscht und gelacht hatte!

Sidonie war verwirrt, ja bethört. Die kleine Rede, die sie unbedarft vorbrachte, war an die eilt, ausdrucksvolle, stolze Valerie von früher gerichtet gewesen und packte offenbar nicht im mindesten auf die Valerie von heute. In der Eile aber eine andere Ansprache zu erfinden, wollte ihr durchaus nicht gelingen. Und dann, je länger sie in das edelste Gesicht sah, das mit milde Rede sie zugewandt war, und in jedem nächsten Moment wieder einen Zug erwiderte, der ihr die Valerie von ehemals zurückrief, desto mehr überkam sie ein sonderbares, aus aller Liebe und frischem Mitleid wunderbar gemischtes Gefühl. Inhab sie, sich mitten in den gemundenen Phrasen, an denen sie sich abmühte, unterbrechend, mit einem herzlichen: „Liebe Valerie! Laute Schmeichelei! Ihre Worte ausbreitete, Valerie auf beide Wangen lächelte und dann, wie erregten über diese unheimliche Wallung, in feister Würde in dem Kontrast zwischen dem feinen und unheimlichen Kluge, wie ihre kurzschneidigen, gutmütigen Augen es nur irgend erlauben wollten.

Aber das Elz war nun einmal geboren, und Elise forzte dafür, daß es nicht wieder ins Stocken kam, obgleich noch manche schmerzliche Stelle zu passieren war, so gleich, als tante Sidonie: nur wenigstens im Vorübergehen erwähnen mußte, daß der Bruder beim Eintreffen von Valerie's Brief das Haus bereits verlassen hatte, nämlich von dem Besuche der Damen nichts wußte und wissen konnte, zu beschreiben aber gewiß keine nachsichtige Entschuldigung geben werde.“ — Elise erwiderte für tante Sidonie: als sie sah, wie schwarz es bei den ungeschickten Worten von tante Valerie's keine Lippen zuckte. Sie beschloß

sich, einzusetzen, daß der Papa nach dem letzten, gestern eingetroffenen Briefe die Tante erst am Abend dieses Tages erwartet habe, bis sie dann einfiel, daß ja nun auch der Gruß des Papa höchst unwahrscheinlich geworden war, und sie selbst, über die Widersprüche, in die sie sich verwickelt, erwiderte: „Wie? — Was es gut sein, gute Elise!“, sagte Valerie, ihr liebevoll die Hand drückend: „Ich bin ja so schon dankbar genug; es kann sich nicht alles auf einmal wenden“, — und bei sich fügte sie hinzu: „es wird sich nichts wenden, so lange ich in der Gewalt des Härtlichsten bin, der wieder mit einem Blick der unglücklichen Augen gesehen hat, was mein sehndes Herz nicht sehen konnte.“

Inzwischen war tante Sidonie auf ein Thema gekommen, welches sie seit vorerem ausschließlich beschäftigt und das sie jetzt mit um so größerem Behagen durchsprach, als sie es für völlig unerschütterlich hielt. — „Wenn ich gleich nicht weiß, liebe Valerie, wie weit die lange Abwesenheit dein Interesse an dem Wohl und Wehe der Familie beeinflusst oder auch beeinträchtigt hat. Hier kann freilich nur von einem Wohl die Rede sein — Du brauchst nicht die Augenbrauen in die Höhe zu ziehen, Elise, — was dich nebenbei gar nicht hübscher macht, abgesehen davon, daß es ein Mißtrauen in meine Treue anbeutet, welches, um es milde auszudrücken, wenig schmeichelhaft für mich und so recht eigentlich deplaziert ist, da Du dich doch nur einbildst von der Haltlosigkeit meiner Zweifel und Gimmirje überzeugt haben sollst.“ Es ist gewiß keine Selbstüberhebung, wenn ich ausprühe, daß ich vom ersten Augenblick an das Richtige gesehen habe, später als alle, Ottomar selbst nicht ausgenommen. Die weltlichen Vorteile der Verbindung, das Passende nach allen Seiten hin — du lieber Himmel, daran konnte ja kein vernünftiger Mensch zweifeln und hat ja auch niemand jemals gezweifelt, wie es mich noch gestern die Baronin Antje gerade beschwerte, die es doch gewiß wissen würde, wenn das Gegenteil der Fall wäre und sich auch nur eine Stimme dagegen erhoben hätte. — Die Baronin, liebe Valerie, — eine gebotene Gräfin Dragonsstein aus der Linie Dragonsstein-Wolffs, — die Witwe des Generalleutnants, eines Kriegslamonten und freundschaftlichen Vaters — dreißundachtzig Jahre alt, aber noch zum Erkennen rüstig, eine eminent kluge, unendlich lebenswürdige alte Dame, deren Bekanntheit zu wahren dich einfließen wird, sehr liiert mit Malibach, wie denn unsere Carla von jeher ihr ausgeprägter Liebling war, überdies — Du hast auch wahrlich durch dein ungestümes Augenbrauenspiel ganz aus dem Zeit gebracht, liebe Elise, und hast es zu verantworten, wenn ich jetzt tante Valerie so zürntest sage, wie ich Gott sei Dank für ungeschicklich gehalten bin — Du wirst es mir von früher her begreifen, Valerie, — und Elise selbst weiß am besten, welche fremde Konzentration der Gedanken mein „Hauptstück“ zur unbedingten Voraussetzung und notwendigen Folge hat.

Hier verknüpft Elise, die Tante bei ihrem sonstigen

Ungeduldigen festzuhalten — vergebens. — Es lämen, meine Sidonie, im Leben auch dazwischen, welche, wie sie, die ganze moralische und politische Notwendigkeit des Wissens und Geduldens der kleineren Fürstentümer vollständig zu würdigen wüßten, Augenblicke, in welchen die angekammt Liebe und Treue gegen die allerhöchsten Herrschaften nicht vor den Familieninteressen zurücktreten müßten — das wäre ein unpassender Ausdruck, aber denselben doch einen freieren Raum, als sonst wohl, gönnen; und für sie ist ein solcher Augenblick gekommen.

Und nun fuhr Sidonie fort, das Elise zu schildern, das sie bei dem Anblick der Verlobten empfand, die ja selbst so glücklich seien, wenn sie auch zerknirscht unterließen, ihrer Glückseligkeit einen Ausdruck zu geben, der für weniger tiefblickende vielleicht notwendig oder doch wünschenswert, für diejeniger aber, welche sich in ihrem längeren Leben bei Hofe die nötige Kenntnis des menschlichen Herzens angeeignet hätten, weder notwendig noch wünschenswert sei. Sie wenigstens müßte gefehen, daß die bescheidene Dankbarkeit Ottomars, die keusche Zurückhaltung Carlos sie bis in die tiefste Seele richteten, um so mehr, als sie dadurch fortwährend an die entzückende Fülle der aufsteigenden Liebe ihrer Prinzessin zu dem damaligen Erbsprinzen, jetzigem Regierenden, Gohet, erinnert werde, und wenn Elise, wie es den Umständen habe, den Einwurf machen wollte, daß diese Verbindung aus höheren Rücksichten später wieder habe gelöst werden müssen, so seien es eben höhere Rücksichten gewesen, die hier niemals in Frage kommen würden und kommen könnten.

Elise hatte es aufgegeben, den unerschöpflichen Redeschwall der Tante zu hemmen; ja, sie mochte kaum noch, um sich nicht neue Verweise ihrer Lieblosigkeit und Frivolität anzuziehen, die Augen zu tante Valerie zu erheben, die, in ihren Gesicht zurückgekehrt, mit einer Aufmerksamkeit zusah, welche Sidonie auf der Stelle Elise als „exemplarisch“ bezeichnete. Weder sie, noch Elise ahnten, von welchen Empfindungen das Herz der Verlobten zerrissen wurde, während ihre lächelnden Lippen von Selt zu Selt ein höchlich-bekanntes, fremdlich-ernsthaftes Wort einfließen ließen. Sie machte ja wohl acht auf jede Wendung, wenn sie fernach in den Eramen, das der Unerbittliche mit ihr anstellen würde, bestehen sollte. Wehe ihr, wenn sie etwas übersehen, überhört! Wehe ihr, wenn sie sich nicht überhört! Dreimal wehe ihr, wenn sie gewarnt hätte, was das Herz in ihr schrie: „Ich weiß ja alles, alles schon und weiß es besser, als Du, törichte Schmeichelei, als Du, gutes Kind! Die Gedanken, merkst Du denn nicht, daß Du in der Höhe des Alters leid, in die zwar viele Spuren hinein, aber aus der keine herausfist?“

Und dann flog ihr ängstlicher Blick nach der Tante. Wie mochte es zurechen, daß er sie so lange allein ließ? Welche Absicht verfolgte er dabei, er, der niemals etwas tat, ohne eine bestimmte Absicht!

(Fortsetzung folgt)

die Arbeiter in jeder Rede vor Gewalttaten, und ihre Anschläge wurden voll befolgt. Trotz dieser Haltung hat die Regierung die Arbeitserklärung verhalten und einleiten lassen. Am Sonntag veranstaltete der Gewerkschaftsverband eine Versammlung auf dem Marktplatz, um den Eisenbahnern zu Hilfe zu kommen und das Vorhaben der Regierung mit dem Generalkomitee zu beantworten. Ich wohnte dieser Versammlung bei, die in voller Ruhe verlief. Dienstagabend wurde der Generalkomitee erklärt. Die Regierung antwortete mit der Verhängung des Art. 103 zu Lande und füllte die verschiedenen Stellen mit Truppen. Unsere Kameraden hielten trotz furchtbarer Provokation die Verhaltungslinie ein, die wir ihnen angetragen hatten. Ruhig verhalten! Der Regierung keinen Vorwand zur Durchführung ihrer Pläne geben!

In diesem Augenblicke sind die Arbeiter seit zwei Tagen in der Arbeitslosigkeit von den Truppen eingeschlossen, und seit heute morgen sind sie jeder Verbindung mit der Außenwelt beraubt. Soeben teilt man mit, daß der Ort, an dem wir uns befinden, von einer starken Macht von Bürgern umringt ist und daß Maschinenengewehre in unserer Richtung aufgestellt sind. All meine Energie biete ich auf, um unterem Volke klar zu machen, daß sein einziges Interesse ist, ruhig zu bleiben, sich still zu verhalten und nicht zu arbeiten. Ich denke, daß das alles auch etwas gewirkt hat. Aber der Kriegszustand, die Verhinderung jeder Versammlung und jeder Bewegung haben viel zur Erregung der Arbeiter beigetragen. Die Wahrheit ist, daß Smuts und Vorha, namentlich Smuts, entschlossen sind, Gewerkschaften und Arbeiter niederzuwerfen. Unsere einzige Waffe gegen diese unaufrichtig wachsende Gewalt ist eine List des passiven Widerstandes. Wenn es zu blutigen Ereignissen kommen sollte so blüte ich Sie dringend, trotz allem, was die kapitalistische Presse und die Telegramme mitteilen konnten, zu glauben, daß sie von den Gegnern provoziert sind. Ich kann versichern, daß die Gewaltanwendung und die provokatorische Haltung der Regierung in Südafrika leicht so blutige Tage herbeiführen, wie wir sie bisher schon kennen gelernt haben.

Japonien hat die südafrikanische Regierung in der rechtverachtenden Gewalttat der Deportation der Gewerkschaftsführer das Mittel gefunden, das nach Volhas Auspruch einen Streik für ein weiteres Menschenalter unmöglich machen soll. Die Ereignisse werden bald zeigen, daß auch diese Rechnung ein Loch hat. Zunächst werden die Kapitänien des Goldlandes die Wirkung des brutalen Gewalttats in der Massenflucht der weißen Arbeiter selbst deutlich genug empfinden. Und schon eine nahe Zukunft dürfte zeigen, daß dort so wenig wie anderwärts die Gewalt ein Mittel ist, die aufwachsende Arbeiterklasse dauernd niederzuhalten.

Denkmalschätzung für Franz Schuhmeier. Am 11. Februar ist ein Jahr verflossen, seit der österreichische Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Schuhmeier von einem christlich-katholischen Ganacker durch einen Messerschlag hinterläßt ermordet wurde. Die Wiener Genossen haben ihm auf seinem Grab ein Denkmal errichtet, das am Sonntag feierlich enthüllt wurde.

Das Grabdenkmal, das für immerwährende Zeiten an das Wirken und an die Gestalt Franz Schuhmeiers erinnern soll, kann als ein ungelungenes Kunstwerk bezeichnet werden. Im Rechte unzufrieden das Grab sorgfältig bearbeitete Granitsteine in verschiedenen Farben (Reinberger Braun), Born wurden als Träger immergrüner Strauchzweige zwei weiß schimmernde Schalen aus Vasele Marmor aufgesetzt. Im Hintergrund steht die Statue rechts und links je ein Bronzefigur mit Schenkel- und Lorbeerkränzen, wie von der Hand der verehrtenen Mäße hingeleitet. An der Rückseite steht die Granitsteine zu einer Wand, oben wieder mit zwei weißen Marmorschalen geschmückt. Links am Grabstein steht in Goldbuchstaben: Geboren 11. Oktober 1844, rechts die schmückende Aufschrift: Ermordet 11. Februar 1913. Vor der Mitte der Wand, auf einem Sockel, der Aufschrift: Franz Schuhmeier, erhebt sich in Bronze geossen, die überlebensgroße Gestalt des unvergessenen Toten. Das Denkmal ist 2,8 Meter hoch. Der Fuß ist in der Kunstschere Rudolf Schubert entstanden. Alle Volksgenossen ist Schuhmeier dargestellt, im Festanzug und doch frei von fremder Fälschung. Die Gestalt ist links zur Seite gerichtet, als hätte Schuhmeier in einer tausendstündigen Verkündigung gerade einen besonders begeisterten Hörer entdeckt, vielleicht einen Jugendlichen, wie leicht eine abgemessene Arbeiterin, und nun hält er für einen Augenblick seine Rede nur diesem einen Zuhörer. Im nächsten Augenblick wird er seinen Kopf wieder wenden und anderen ins Herz sprechen, wird einen tröstenden Wisp machen oder mit wichtigen Worten seine Rede schließen und Tausende Hände werden Beifall klatschen und Tausende Augen werden glühend und lächeln aufwachen. So lebendig, so naturwarm wirkt diese Gestalt, wirkt die Haltung der Arme (die Rechte hat ein Notizblatt, die Linke ist in einer Ledertasche erhoben), wirkt vor allem das Antlitz, das Schuhmeiers Züge ausgezeichnet festhält, diese bezwingende Mischung von Lebensfreude und Lebensernst, von Milde und Trost. Die Wirkung ist voll unmittelbarer Gewalt.

Das Denkmal ist ein Werk des jungen Bildhauers Siegfried Bauer — die Steinmetzarbeit stammt von Josef Widh.

Stütige Demonstrationen in Philippopol. Nach einer am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Protestversammlung gegen die Aufhebung des Gemeinderats in Philippopol kam es in Philippopol zu großen Demonstrationen. Die Polizei schritt mit großer Rohheit ein. Die Demonstranten legten sich jedoch zur Wehr. Ein Polizeibeamter soll durch einen Revolvererschuss verletzt worden sein.

Die Wiederherstellung der serbisch-bulgarischen Beziehungen. Der neue bulgarische Botschafter in Belgrad ist in Belgrad eingetroffen. Tschavarskovic wird im Laufe dieser Woche dem Könige sein Begleitungsprogramm überreichen. Durch diesen werden die diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien wiederhergestellt.

Bestätigung der Beschlüsse in Vera Cruz. Die mexikanische Regierung beschloß, alles Brennöl in Vera Cruz, das der Mexican Eagle Co. gehörte und für die britische Mexican Railway bestimmt war. Letztere, sowie die Interocéanische-Bahn müssen binnen einer Woche den Betrieb einstellen. Falls sie nicht eine neue Sendung von Tampico erhalten. Das Verbot geht, Quetzal werde die Zölle auf die mexikanische Einfuhr verdoppeln.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Die erste Versammlung der ausgesperrten Holzarbeiter.

Mehr als 1500 Holzarbeiter hatten sich am Montag nachmittags in Saale des Kronprinzens angelunden. Der große Saal und die Galerien waren voll besetzt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Ingenieur Wobler über „das Berufsrisiko der Industriearbeiter“ und die Aussperrung der Arbeiter.

Die Ausführungen des Vortragenden dürften den Arbeitern klar gemacht haben, warum es so kommen mußte, wie es gekommen ist. Innerhalb der Industrie soll es eine vollständige Umwälzung, es entstehen immer mehr Arbeiter in den modernen Fabriken, die dem großen, dem Betrieb rationaler zu gestalten und soviel wie möglich Gewinn

herauszuschlagen. — Es erscheint ein neuer Direktor, man weiß nicht woher, dem die Aufgabe zufällt, die Pläne durchzuführen, die man im Auge hat. Leider erkennen die Arbeiter zu spät, was die Betriebsleitung im Sinne führt. Arbeitslose und Arbeitsleistung sollen anders geregelt werden. Die alte Methode, die Arbeitslose durch den Meister feststellen zu lassen, wird einfach verworfen, der Meister wird zum Aufpasser degradiert. An seine Stelle tritt das Kalkulations-Bureau. Hier werden Lohn- und Arbeitsleistung aufgestellt und statistisch angeordnet. Die Statistiken werden im Bureau des Verbandes der Industriellen gesammelt und genau studiert. Merkt man, daß ein Arbeiter über den Durchschnitt bezahlt, dann wird er sofort aufmerksam gemacht und angehalten, Arbeitsleistungen vorzunehmen.

Haben denn die Arbeiter kein Mittel zu wehren? Doch! freilich das Kalkulations-Büro können sie nicht verbieten. Auch die Aufsicht der Kontrollmarken nicht, sie können auch dagegen nichts tun, wenn die Verwaltung sich Lohn- und Arbeitsleistung und Statistiken anerkennigt. Die Entlohnung im modernen Betriebe nimmt ihren Gang. Die Arbeiter haben aber das Recht und die Pflicht, ein Bestimmungsrecht bei Feststellung des Arbeitslohnes und der Arbeitsleistung zu fordern. Sie müssen aber auch selbst eine genaue Lohnkontrolle führen. Wenn ein Arbeiter zu wenig verdient, beklagt er sich bei der Organisation, er verweigert aber, wenn er im Afford weit über den Lohn verdient.

Bei der Aussperrung handelte es sich offensichtlich um eine Nachtfrage, die Arbeiter haben zu beweisen, daß sie sich nicht länger ein System gefallen lassen können, durch das sie immer mehr ihrer Rechte beraubt werden sollen. Die Ausführungen fanden großen Beifall. Seibold führte aus, die Versammlung sei aberkannt worden, als man noch nicht wußte, daß die Holzarbeiter mit auf die Straße fliegen werden. Zwischenzeitlich Aussperrung erfolgt, tausende fleißige Arbeiter sind plötzlich arbeitslos geworden, es wird sich aber keine Behörde finden, die gegen das brutale Vorgehen der Betriebsleitung vorgehen wird. Selbstverständlich sei, daß die Aussperrten ihre Organisation halten. Nur dann werde es gelingen, dem Direktor Eichberg ein Paroli zu bieten. Er warnt die Kollegen, sich durch nichts zu provozieren zu lassen. Das Streikbüro der Holzarbeiter ist im „Kronprinzen“.

Deutsches Reich und Ausland.

Das wichtigste Geschäftsgeheimnis.

Eine Kölner Lebensversicherungs-Gesellschaft legte ihren Angestellten kürzlich folgenden U.K.S. zur Unterschrift vor:

Concordia Köln, 21. Nov. 1913.

Wir erlauben Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir künftig jeden Beamten entlassen werden, der auf irgend eine Art einem anderen Beamten unserer Gesellschaft über die Höhe seiner Gehaltsbezüge Kenntnis verschafft.

Das Gehalt wird künftig am Ende eines jeden Monats jedem Beamten im Zimmer 4 des ersten Obergeschosses im besonderen Briefumschlag ausgehändigt werden. Ueber die Zeit der Aushändigung wird den einzelnen Abteilungen gesondert Mitteilung gemacht.

Von allem Tollen, das je den armen Stehtragenproletariern verboten wurde, ist das wohl der Gipfel. Noch nie hat es ein Unternehmer gewagt, dem Handarbeiter solche Vorschriften zu machen. Den Angestellten darf man schon bedeutend mehr bieten. Aber ist eine solche Bevormundung nicht beschämend? Darf sich ein aufrechter Mann so etwas bieten lassen? Es wird nachschaffig Zeit, daß diese Klasse Arbeiter zur Menschenwürde erwacht.

Die kommunale Arbeitslosenversicherung in Bayern mit staatlicher Unterstützung kann jetzt als gesichert betrachtet werden. Der Finanz-Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat die Regierungsvorlage gegen eine einzige Stimme angenommen.

Die Steinindustrie und die Berechnung der Unfallrente. Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft verfuhr bisher bei der Berechnung der Unfallrenten, 10 Prozent vom Jahresverdienst des Verletzten in Abzug zu bringen. Soviel Unkosten verursacht nämlich die Schmiedeschärfe, das Instandhalten des Werkzeuges. Und nach Abzug dieses Prozentsatzes wurde dem Verletzten die Rente berechnet. Die Berufsgenossenschaft drang aber nicht davor, sondern berechnete die Rente nach dem höheren Gerichtssatz nicht durch. Das Reichversicherungsamt hat jene Berechnung im Jahre 1912 für ungültig erklärt. — Die Steinindustriellen sehen sich aber damit nicht zufrieden, sie spezifizieren so: Hat ein Arbeiter 1800 Mark im Afford verdient, so muß der Unternehmer eine Unfallprämie von 80 Mark entrichten (auf 1000 Mk. Verdienst ca. 30 Mark). Würden die 10 Prozent aber vom Jahresverdienst abgezogen werden, so ist die Unfallprämie bloß für 1170 Mark Jahresarbeitsverdienst zu bezahlen, sie sparen also pro Mann und Jahr 4-5 Mark. Die Unternehmer in Würzen versuchen nun einen anderen Weg. Sie legen eine Arbeitsordnung vor, wonach sich die Steinarbeiter bei der Lohnbuchführung für die Berufsgenossenschaft diese 10 Prozent abziehen lassen sollen. Diese Zumutung wurde von den Arbeitern abgelehnt. Nun hat die Behörde über die Anerkennung dieser wohl einzig dastehenden Arbeitsordnung zu befinden. Wundern muß man sich bloß darüber, daß die Steinbruchsberufsgenossenschaft den lächerlichen Steinindustriellen ein so unverfrorenes Begehren nicht kurzerhand abschlägt.

Noch ein Streikbrecheragent als Zeitschläger. Aus Teischen a. d. Elbe (Böhmen) kommt die Meldung, daß dort am Sonntag der Agent Paul Keilnig aus Berlin, der arbeitswillige deutsche Arbeiter nach Dörsel reich gebracht hatte und deshalb mit den streikenden Sägern aus Teischen in Differenzen geriet, den Buchdruck-Maschinenmeister Solinger von der Bodenbacher sozialdemokratischen Druckerei niederschloß. Solinger ist Montag früh gestorben. — Das sind die Folgen der Verherrlichung der Streikbrecher, die dem Wahn verfallen sind, tun und lassen zu können, was sie wollen!

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe haben am Sonntag mit der Regelung der Tarife für die Damenschneider und mit der Fällung einiger Schiedssprüche lokaler Natur ihren Abschluß gefunden.

Die von den Unternehmern einer Reihe von Orten beantragte Einigung einer neuen Klasse von Damenschneidern, Anlänger genannt, haben die Schiedsrichter abgelehnt. Es handelt sich hier um die Einführung einer neuen Gruppe, die den Übergang von den Perlenstreichern zu den Damenschneidern bilden. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer selbst zugaben, daß sie in der Praxis diese Übergangsgruppe nur für ganz jugendliche Personen, also lediglich ausnahmsweise brauchen, und ferner mit Rücksicht darauf, daß bereits die Frauenarbeit der Hilfsarbeiter besteht, verurteilten die Unparteiischen das Bedürfnis für Schaffung einer neuen Nebengruppe. Sie hatten außer über eine Reihe prinzipieller Fragen, so über die Vertragsdauer, Koalitionsrecht, Streikverbot, einseitigen Organisationsrecht, gemeinsamen Vertragsabschluss, Bildung neuer Arbeitergruppen, über rund 100 Punkte, Unkosten und Damenschneidertarife durch Schiedsspruch zu entscheiden.

Bis zum 21. Februar werden die Parteien zu Händen der Unparteiischen die Erklärung abzugeben, ob sie die Schiedssprüche, die als unbilliges Ganzes aufzufassen sind, annehmen werden oder nicht.

Die Arbeitslosigkeit. In der letzten Sitzung des Dresdener Stadterordneten-Komitees, in der weitere 20.000 Mark zur Arbeitslosenunterstützung bewilligt wurden, stellten bürgerliche

Stadterordnete die Behauptung auf, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten könnten, aber nicht arbeiten wollten. Sie seien verzweifelt, weil sie von der Stadt unterstützt würden. Die bürgerlichen Stadterordneten drohten, in Zukunft nichts mehr zu bewilligen und erklärten die Arbeitslosenversicherung für durchaus unzulässig. — Mit diesem Vorhaben beschäftigten sich am Donnerstag vormittags zwei von 4000 Arbeitslosen besuchte Versammlungen, deren eine vollständig abgebrochen werden mußte. Die Versammlungen nahmen nach Resolution der Genossen Menke und Senfel eine Resolution an, in der gegen diese Verdrängungen Protest erhoben und der Ausbau der Arbeitslosenversicherung gefordert wurde. Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen, um eventuelle Demonstrationen zu verhindern. Die Versammlungsleiter forderten aber die Teilnehmer auf, der Polizei keine Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. Dieser Aufforderung wurde unbedingt Folge geleistet.

Der Streik in Norwegen beigelegt. Die norwegische Unternehmerzentrale hatte wegen drei an sich bedeutungslosen Lokalaussperrungen eine Generalaussperrung von 48.000 Arbeitern der verschiedenen Gewerbe zum 19. Februar angekündigt. Die Landesorganisation der Gewerkschaften antwortete auf diese Aussperrungsbewegung mit der Ankündigung eines Sympathieausstandes der Buchdrucker, der Bäcker und einiger anderer Branchen von insgesamt 10.000 Arbeitern, die mit den Aussperrten zugleich am 19. Februar die Betriebe verlassen sollten. Auf Veranlassung der Regierung haben nun Vergleichsverhandlungen stattgefunden, die am Sonntag zu einem für die Arbeiter erfolgreichen Ergebnis führten. Der wesentliche Streitgegenstand betraf die nach einem Streik in einem Mühlenbetriebe ausgeschlossenen 24 Arbeiter. Die Unternehmer haben jetzt diesen 24 Arbeitern das Recht zugesprochen, in dem gleichen Betriebe zu den damals vereinbarten Bedingungen in Arbeit treten zu können und zwar sollen zehn von ihnen sofort, weitere zehn bis zum 1. April eingestellt werden, und die letzten vier haben nachher das Vorkaufsrecht, bei etwaigem Gebrauch von Arbeitskräften eingestellt zu werden.

Die Generalaussperrung und die Sympathiestreiks sind damit hinfällig geworden. Das Gesamtergebnis ist als ein großer Erfolg der Arbeiter zu buchen.

Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 10. Febr. Der trockene Weihnachtsabend in der Bahnhofsstraße im Grundstück „Deutsche Ecke“. Die Straßenpassanten hörten gegen 8 1/2 Uhr plötzlich ein heftiges Klirren und Plischen und im selben Moment schlugen in der dritten Etage mächtige Stichtammen an den Fenstern empor. In der Wohnung des Garnisonverwaltungsinspektors Freiberger war durch das Entzünden eines Weihnachtsbaumes das Feuer entstanden, das sechs Menschenleben schwer gefährdete. Frau Freiberger und ihre 4 Kinder, von denen das jüngste 5 Jahre alt ist, retteten sich in andere Etagen, während Verwaltungsinspektor Freiberger, der den brennenden Baum umgerissen hatte, sich von den Flammen umgeben sah und keinen Ausweg fand. Er erlitt schwere Brandwunden.

Schweidnitz, 10. Februar. Ein bestialisches Sittlichkeitsverbrechen an seinem eigenen Tochterchen verübte der Stellmacher Reinhold Debusch in Schweidnitz. Schon früher einmal hatte er sich derart verhalten und deshalb bereits eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren verbüßt. Jetzt kam die Polizei hinter das erneute schändliche Treiben des Wüstlings. Sie verhaftete ihn und die Strafkammer verurteilte Debusch nunmehr zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Leipzig, 10. Februar. Eine Lebensmüde. Die in der Weberstraße wohnhafte Zigarenarbeiterin A. machte Dienstag nachmittags kurz nach 1 Uhr einen Selbstmordversuch, indem sie oberhalb des alten Meißner-Sieges in die wütende Meißner sprang. Da die Lebensmüde in dem kalten Wasser nicht unterging, war es einem hinzukommenden jungen Mann ein leichtes, sie wieder ans Trockene zu bringen. Total durchnäßt und am ganzen Körper vor Kälte zitternd, ließ man die Vermisste am Ufer liegen, bis sie nach dem Krankentransport gebracht wurde, aus dem sie eines schweren Nervenleidens wegen erst dieser Tage entlassen worden war.

Glogau, 10. Februar. Etwas im Ganzen. Am 4. Februar kehrte Fabrikbesitzer Georg Piltzenmüller aus Altpolitz, wo er mit dem Auto eingetroffen war, in ein hiesiges Hotel ein. Das Auto wurde im Hofe untergebracht. Als nach einigen Stunden die Fahrt weitergehen sollte, war weder der Chauffeur noch das Auto zu erblicken und ist seitdem verschwunden.

Glogau, 10. Februar. Wahlvereine. Die erste Sitzung in diesem Jahre war verhältnismäßig gut besucht. Die Orts- und Kreisabrechnungen schließen mit einem Bestande von 11,60 Mark beziehungsweise 30,25 Mark ab. Sodann verbrachte sich Genosse Lehnert, gestützt auf ein reichhaltiges Material, über das von den Industriellen Staatsmachern aller Schattierungen geplante Attentat auf das Koalitionsrecht, um damit den verhassten freien Gewerkschaften den Garaus zu machen. Genosse Fischer ergänzte diese Darstellungen und wies darauf hin, daß die Arbeiter in dieser schweren wirtschaftlichen und politischen Periode alle Ursache hätten, gegenüber diesen Scharfzüngelungen durch engeren Zusammenhalt und tieferes Eindringen in unsere soziale Befreiung auf der Hut zu sein. Er mußte das Erlernen an die Genossen, in der Agitation mehr als bisher helfend mitzuarbeiten und diese pflichtgemäße Tätigkeit nicht bloß dem Wortlaut zu überlassen. In nächsten Monat soll eine umfassende Agitation für die „Volkswacht“ erfolgen, wozu noch eine Anzahl Genossen sich zur Verfügung stellen möchten.

Posen, 10. Februar. Verhaftung eines Arztes. Die hiesige Polizei ist, wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, einer neuen „peinlichen“ Affäre auf die Spur gekommen. Es wurde bereits ein Arzt verhaftet, der mitschuldig an dem Geburtentod eines Kindes war. Genau ebenso, wie in der Sittenaffäre, sollen auch hier „bessere“ Leute in Frage kommen. Vier Hebammen sollen ebenfalls in die Affäre mit verwickelt sein. Der in der schon erwähnten Sittenaffäre verhaftete Gutsbesitzer John L. ist gegen Hinterlegung einer Kaution von 100.000 Mark aus der Haft entlassen worden.

Bromberg, 10. Februar. Ein ungemein dreifacher Einbruch diebstahl ist am Sonntagabend in Schleifendau verübt worden. Zwischen 8 und 9 Uhr fuhr ein Dieb mit einem Einpänner an der Veterinär-Mühle vor, luden 30 Punter Weizenmehl auf und machte sich mit ihrer Beute aus dem Staube. Unterwegs blieb das Fuhrwerk in den Schienen der Kleinbahn stehen, so daß der gerade herannahende Zug halten mußte. Mithinlos half das Zugpersonal an der Beseitigung des Hindernisses, so daß die Spitzbuben bald darauf weiterfahren und ihre Beute in Sicherheit bringen konnten.

Gnesen, 10. Februar. Ein Kind verbrannt. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend in dem Wohnhause Poststraße 12. Die Rybackischen Eheleute gingen abends in die Stadt und ließen ihr zweijähriges Pflänzchen allein zu Haus. Als sie zurückkehrten, fanden sie das Kind als Leiche verfault am Boden vor. Wahrscheinlich war das Kind mit den Kleidern dem Ofen zu nahe gekommen. Ueber diesen Vorfall regte sich die hiesige Lehrerversammlung, die in demselben Hause wohnt, auf, daß ein Schlaganfall ihrem Leben ein Ziel setze.

Am Mittwoch, den 11. und Donnerstag, den 12. Februar 1914

veranstalte ich einen Verkauf einzelner Knaben-Wasch-Anzüge und Wachblusen.

Modelle und Muster

sowie andere Sachen zu nachstehenden Preisen:

Wasch-Anzüge für 2 1/2 bis 9jähr. Knaben

Serie I pro Stück Mark 3.50 | Serie II pro Stück Mark 4.50

Wasch-Blusen für 3 bis 8jähr. Knaben

pro Stück Mark 2.00

14402

Auswahlsendungen und Umtausch sind hierbei ausgeschlossen.

S. Guttentag Breslau, Altbückerstrasse 5

I. bis III. Etage, Ecke Ohlauerstraße.



Am 7. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Dreher
Paul Gammert
im Alter von 40 Jahren.
Ehreseinem Andenken.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltung Breslau)
Beerdigung: Dienstag, den 10. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Pohlauer Friedhofes. 14403

Nachruf.
Am 7. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied, der
Eisendreher
Paul Gammert
im 41. Lebensjahre. 14407
Ehreseinem Andenken:
Die Bundesbrüder d. Lokale Rosddeutscher u. Ullrich.

Am 8. d. Mts. nachm. 4 1/2 Uhr, verschied sanft unser liebes
Tochterchen und Schwesterchen
Gerda
im Alter von fast 2 Jahren. 14401
Dies zeigt schmerzhaft an
Gustav Mahler nebst Frau und Kindern.
Die Beerdigung findet Mittwoch, d. 11. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes aus, statt.
Trauerhaus: Gräbchenerstr. 45.

Meine Spezial-Abteilung für
Trauerhüte
bietet erprobte Auswahl zu bekannt billigen Preisen
Adolf Goldberg, Damentag, Reichenstr. 58/59
Parterre u. I. Etage.

Trauer-Kleidung
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
B. Durra Nachf.
57 Friedrichstrasse 57.

Die Gleichheit
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.
Zu beziehen durch Expedition und Kolporteur.

Stadt-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Eisland“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
(Gemeinnützige Presse).
„Der ungetreue Eckhart“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: 14351
Sum 1. Male.
„Das Mädchen
aus dem goldenen Westen“.
Die Aufgabe der vorbereiteten
Gitarren für die Aufführung von
„Verfall“ am 15. Februar 1914 findet
nur heute Dienstag, den 10. u. morgen
Mittwoch, den 11. Februar, vorm. u. 10 bis
2 Uhr an der Kasse des Stadt-
theaters statt. Den Abonnenten bleiben
ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz
zwischen dem Kassenvorverkauf und dem erhöhten
Preise ebenfalls bis Mittwoch 2 Uhr ver-
fügbare. Mehrere nicht abgeholte Ginitis-
karten, ebenso Abonnements, wird von
Dienstag ab andränglich verfügbar.

Lobe-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Schirin und Gertraude“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der angetreue Eckhart“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Die heitere Residenz“.
14357

Thalia-Theater.

Mittwoch, Gruppe II, 5. Vorstellung:
„Die Wildente“.
Freitag: „Dumbdidi-Verein“.
14363 6. Abonnements-Verwaltung
„Die Wildente“.

Schauspielhaus

(Operettenbühne.)
Dienstag und Mittwoch, 8 Uhr:
„Polenblut“.
Donnerstag 8 Uhr: 14369
„Die Rinkönigin“.
Freitag und Sonnabend 8 Uhr:
„Polenblut“.

Lieblich's Etablissement.

Täglich abends 8 Uhr!
Das brillante Fahrplan-Programm
u. a. 14378
Auto gegen Expresszug!
Bernhardt Möbitz!
Sonntag, 15. Februar, 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung.

Viktorla-Theater.

„Die Schiffbrüchigen“.
Auf. Wochezeit. 8 1/2, Sonntag. 8 U.
Nächste Nachm.-Vorstellung
Sonntag, den 15. Februar.
Bons wochentags zultiv. 1001

Palmengarten

Heute Dienstag: 14374
Bookfest
2 neue Kapellen.
Italiener.
Zigeuner.
Stimmung.

Humboldt-Verein

Donnerstag, den 12. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im Saale des „Deutschen Kron-
prinzen“, Westendstrasse 50/52:
Vortrag
des Herrn Prof. Dr. med. Rosenfeld:
„Die Kunst,
gesund zu leben“
Eintritt frei.

Mur für Bräute!

Heiraten Sie nicht, bevor Sie die auf-
wärtige Schrift gelesen haben:
„Weisst Du alles, um heiraten zu können?“
Gegen Einsendung von Mk. 1.00 per
Postanweisung (oder in Briefmarken) zu
bekommen durch: 13941
Frau M. Feit, Bremerhaven, Kaiserstrasse 30.
Reine bekannt feinste

Zafel-Butter

Jetzt nur 1.30 das Pfund.
Paul Mischke,
Ring 5.
Keine Filialen! Prompter Postversand!
Auf Nr. 5 und Firmen achten!

Haeckel-Feler.

am Montag, den 16. Februar 1914, abends 8 Uhr,
in der Vortragshalle Grünstrasse 13/16.
Die Liedgruppe Breslau des Deutschen Kon'nenbundes veranstaltet
in Gemeinschaft mit Herrn Dreher Gustav Tschirn, dem Präsidenten
des Deutschen Frauenbundes und Vorsitzenden des Bundes freier religiöser
Gemeinden Deutschlands,
eine Feier des 80. Geburtstages
Ernst Haeckels.
Regitation: Stephanie Galla,
Gesang: Margarethe Kluge,
Festrede: Dreher Tschirn.
Besondere Platz 2.00 Mk.
Sitzplatz 1.00 „
Galerie 0.50 „
Eintrittskarten an der Abendkasse und im Vorverkauf im Verlagsbureau
Parade, Ring, 14341

Masken-Kostüme

Die verschiedensten Formen
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Frau Nierling
Reichenstrasse 52, II. Etg.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Vertrag. Geforderte Abweichungen bedingen Seitenpreis.

Kauf und Verkauf

Kanarienvogel b. zu verkaufen
Anzeige der Zucht. Hoffmann, Weiden-
strasse 43. 14400

Verschiedenes

Wichtige Geschäftsreise zu verkaufen.
Friedrichstrasse 58a. 14408
Waffenstoffe zu verkaufen
Friedrichstrasse 20/22. 13878

Abonnement und Leser der „Volkswacht“ können

ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“
berufen.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|--|---|--|---|---|--|---|---|---|---|---|--|---|--|--|---|---|---|--|---|---|--|
| Sprechmaschinen, Schallplatten Deutsche Schallplatten-Gesellschaft Gabriel & Co., Gartenstrasse 88 Erlaubnisnummer. Heineke Patent. | Rock- u. Frack-Verleih-Institut Wenda, Alwin, Summe 22, Nr. Wenda, Carl, Schmeibner, 53, I. Schneidm. Gey, Georg, 11, 11256. Neumann, H., 11, 11256. | Mohaupt Patalong, A., Schlegelstr. 5, II. Patalong, G. P., Königstr. 78, Tel. 9824. Patalong, H., Königstr. 29, I. Schneidm. | Sargmaazige Sargmaazige, H., Königstr. 1, 1. Etage Sargmaazige, H., Königstr. 85. Sargmaazige, H., Königstr. 88, 1. Etage Sargmaazige, H., Königstr. 43. Sargmaazige, H., Königstr. 15. | Seifengeschäfte Seite Kommit Seifenfabrik. | Schirmp, Stücke Riedel, M., Königstr. 20. Riedel, M., Königstr. 11. Riedel, M., Königstr. 23, auch Reparatur. | Schuhw. u. Schuhmacher Schuhw. u. Schuhmacher, Königstr. 22, III. Etage Schuhw. u. Schuhmacher, Königstr. 22, III. Etage Schuhw. u. Schuhmacher, Königstr. 22, III. Etage | Christmann Christmann, Königstr. 16. Christmann, Königstr. 42. Christmann, Königstr. 42. | Kaufhaus „Adler“ Kaufhaus „Adler“, Königstr. 22. (Grüne Markt). Kaufhaus „Adler“, Königstr. 22. (Grüne Markt). Kaufhaus „Adler“, Königstr. 22. (Grüne Markt). | Uhren und Goldwaren Uhren und Goldwaren, Königstr. 186. Uhren und Goldwaren, Königstr. 186. Uhren und Goldwaren, Königstr. 186. | Wäsche, Trikotsagen Wäsche, Trikotsagen, Königstr. 173. Wäsche, Trikotsagen, Königstr. 173. Wäsche, Trikotsagen, Königstr. 173. | Woll- und Wollwaren Woll- und Wollwaren, Königstr. 173. Woll- und Wollwaren, Königstr. 173. Woll- und Wollwaren, Königstr. 173. | Abend, Kerm Abend, Kerm, Königstr. 173. Abend, Kerm, Königstr. 173. Abend, Kerm, Königstr. 173. | Werkzeuge, Baubeschläge Werkzeuge, Baubeschläge, Königstr. 24. Werkzeuge, Baubeschläge, Königstr. 24. Werkzeuge, Baubeschläge, Königstr. 24. | Wild- und Geflügel Wild- und Geflügel, Königstr. 2. Wild- und Geflügel, Königstr. 2. Wild- und Geflügel, Königstr. 2. | Zahn-Ateliers Zahn-Ateliers, Königstr. 52 II, 5/6. Zahn-Ateliers, Königstr. 52 II, 5/6. Zahn-Ateliers, Königstr. 52 II, 5/6. | Zigarren u. Zigaretten Zigarren u. Zigaretten, Königstr. 282, Papierm. Zigarren u. Zigaretten, Königstr. 282, Papierm. Zigarren u. Zigaretten, Königstr. 282, Papierm. | Endlich das Richtige! Endlich das Richtige!, Königstr. 3. Endlich das Richtige!, Königstr. 3. Endlich das Richtige!, Königstr. 3. | Pohl, Max Pohl, Max, Königstr. 2, Tel. 10949 Pohl, Max, Königstr. 2, Tel. 10949 Pohl, Max, Königstr. 2, Tel. 10949. | „Unida“-Zigaretten „Unida“-Zigaretten, Königstr. 155. „Unida“-Zigaretten, Königstr. 155. „Unida“-Zigaretten, Königstr. 155. | Vogel, C. Vogel, C., Königstr. 4385. Vogel, C., Königstr. 4385. Vogel, C., Königstr. 4385. | Ormanda 2 Ormanda 2, Königstr. 127. Ormanda 2, Königstr. 127. Ormanda 2, Königstr. 127. | Oktauch Zarrolo Oktauch Zarrolo, Königstr. 3. Oktauch Zarrolo, Königstr. 3. Oktauch Zarrolo, Königstr. 3. | Pöpelwitzer Lokale Pöpelwitzer Lokale, Königstr. 36. Pöpelwitzer Lokale, Königstr. 36. Pöpelwitzer Lokale, Königstr. 36. |
|---|---|--|---|--|---|---|--|---|---|---|---|---|--|---|--|--|---|---|---|--|---|---|--|

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Februar.

„Volkszeitungs“-Mut.

Nachdem offene und geheime Kräfte den Kardinal Kopp so tief gedrückt haben, als es bisher in der gesamten Öffentlichkeit nicht für möglich gehalten wurde, wagt sich auch die „Schl. Volksztg.“ aus ihrem Zitatenmut wieder auf eigener Verteidigung der „Kölner“ Anschauung hervor und fährt mächtig mit im Chorus gegen Oppersdorff und Kopp. Sie lobt die Resolution vom Sonntag:

„Der Aufsatz des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei ist ein klares und kräftiges Wort zur rechten Zeit... Der Reichsausschuss hält sich streng innerhalb seiner Kompetenz, indem er nur die Dinge bespricht, die in das Parteileben fallen; aber da die bekannten „Quertreiber“ die Würde, die Eintracht und den Bestand der Zentrumspartei angehen, so weist er pflichtgemäß die Verdächtigungen und Verhöhnungen zurück. Ebenso führte die Erklärung des Zentrumsparties zur Stellungnahme gegenüber der öffentlichen-istischen Bewegung... Das oberste Organ der deutschen Zentrumspartei zieht in dieser grundlegenden Rundgebung einen klaren Grenzstrich. Wer die gekennzeichneten Verdächtigungen und Verhöhnungen gegen die Partei und deren Vertreter betreibt, stellt sich selbst außerhalb der Partei und als ein Gegner der Zentrumspartei zu betrachten und zu behandeln. Es ist gut, wenn endlich einmal in aller Form und vor aller Welt festgestellt wird, daß diese Quertreiber kein Recht mehr haben, sich als Mitglieder der Zentrumspartei auszugeben. Die rechtliche Scheidung wird hoffentlich die Verführung des Volkes erschweren.“

Wir können in ruhiger Sicherheit die weitere Entwicklung abwarten, da wir wissen, daß die berufenen Wächter der Zentrumspartei auf dem Posten sind gegenüber allen Feinden und offenen wie den verkappten.“

Die vorstichtige Wendung von den „verkappten“ Feinden des Zentrums kann nicht verborgen, gegen welche Stelle sich dieser Pfeil richtet. Da diese Stellen jetzt als niedergedrückt gelten, kann man schon ein scharfes Wort gegen sie riskieren.

Im übrigen haben noch vor kurzem im Saale des Elisabethhauses in Breslau bei der Aufführung von Theaterstücken des Dr. Nieborowski, diesem schlimmsten „Quertreiber“, viele Hunderte zugejubelt. Es gibt also in Breslau noch Geistliche genug, die dem „Quertreiber“ Vorstoß leisten und es gibt auch noch Katholiken die Menge, die das Tischgespräch zwischen ihm und sich nicht schneiden.

Das erste Gehalt zahlende Cafe in Breslau.

Aus dem Kreise der Gastwirtschaftlichen wird uns geschrieben: Wiederholt mußten wir uns mit den überaus traurigen Verhältnissen der Angestellten in den Breslauer Cafes beschäftigen, aber alle Versuche, eine Besserung herbeizuführen, scheiterten an dem Herrn-im-Hause-Standpunkt des hiesigen Cafetiervereins. Die Preise in den Cafes wurden erhöht, die Angestellten jedoch erhalten keinen Lohn, keine Kost, müssen im Gegenteil häufig noch Abgaben zahlen. Daß diese Zustände auf dem Bereiche in diesen Lokalitäten einen großen Einfluß haben, will nur der hiesige Cafetierverein nicht einsehen.

Das Publikum geht das nichts an, erklärte der Vorsitzende, Herr Eilenberger, in einer Sitzung. Man vergißt aber, daß der Kellner in ständiger Fühlung mit den Gästen ist, diese über die Verhältnisse aufklärt und die Masse der Gäste solche Zustände merkt, wo der Inhaber durch den Kellner möglichst viel an Gäste verdienen will.

Der Jahresabschluss der Residenz-Hotel- und Cafe-Aktion-Gesellschaft hat am Schlagenben bewiesen, wie falsch die Behauptung der Cafetiere ist: Wir können keinen Gehalt zahlen! Nach Abzug aller Unkosten und dem sehr hohen Gehalt des Direktors konnten „nur noch“ 102.166 Mark gleich 8 1/2 Prozent Dividende verteilt werden. Gätte man die beim Streik der Kellner in diesem Betriebe gestellte Forderung von 20 Mark Gehalt monatlich bewilligt, so hätten die vierzehn beschäftigten Kellner jährlich 3360 Mark Lohn erhalten und die Aktionäre höchstens nur 8 Prozent Dividende. Wir glauben, daß man das auch noch sehr schön leben kann.

Wahrscheinlich, um sich nicht fortgesetzt sagen zu lassen, es ist ein großes Unrecht, die Kellner in den Cafes nur auf das

Zertrüßel angewiesen, hat das Cafe Lauenhagen, G. m. b. H., bekannt durch einen Streik, den Kellnern großzügig als Lohn 1/4 Prozent vom Umsatz bewilligt. In diesem Betriebe sind, wie überall, wo Kellner keinen Lohn erhalten, mehr Leute beschäftigt, als zur ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung des Geschäftes nötig sind. Dadurch erleidet der einzelne ein Umfah von durchschnittlich 600 Mark im Monat. Bei einer Lohnzahlung von 1/4 Prozent erhält er also 150 Mark Gehalt für 30 Tage Arbeit. Wir wissen nicht, ob von diesem fiktionalen Gehalt auch noch die Kranken- und Invalidenbeiträge abgezogen werden, nehmen dies aber an. Um den durch diese Ausgabe erwachsenen „Schaden“ wieder gut zu machen, müssen jetzt die Kellner für die bis dahin unentgeltlich erhaltenen drei Tassen Kaffee zum eigenen Genuß für jede Tasse 10 Pf. zahlen. Das bedeutet eine Mehrerhebung von 9 Mark monatlich von jedem Kellner. Wir gehen nicht fehl, wenn wir behaupten, die Selbstkosten einer solchen Tasse Kaffee betragen für den Unternehmer höchstens 5 Pf. Also ein ganz schöner Verdienst!

Ein ganz weises Gewissen scheint man bei dieser Neueinführung doch nicht gehabt zu haben; denn zu Weihnachten sagte der Geschäftsführer Bugdoll zu den Kellnern: Ihr müßt Euch das nicht gefallen lassen, Ihr könnt ja streiken; ich gehe ja doch weg, mir kann das egal sein.“ Als aber die Kellner auf diesen Reim nicht gingen, weil sie sich sagten, wir stellen Forderungen, wenn wir wollen, und nicht, wenn es andere Leute wünschen, da sind dieselben Herr an auf die Organisation zu schimpfen.

Es trifft zu, daß die meisten Breslauer Cafetiers über schlechten Geschäftsgang klagen. Wir behaupten aber, daß einzig und allein die Untrnehmer die Schuld daran tragen, weil sie sich allen Forderungen der Angestellten gegenüber ablehnend verhalten und dadurch dazu beitragen, daß die Cafes beim Rußfall nicht aufgehen können.

Wir hoffen, daß auch in Breslau einmal ein Cafe eröffnet wird, wo den Gästen zu angemessenen Preisen gute Waren vorgelegt werden, und trotzdem den Angestellten ein Lohn bezahlt wird, der sie nicht zwingt, nur auf den Zertrüßelbettel angewiesen zu sein. Was in den Maschinen-Werkstätten in Berlin möglich ist, sollte in Breslau erst recht möglich sein.

* Im Kassenlokal. Man schreibt uns: Zur Erörterung des Streites zwischen Kellnern und Kassen hat bisher in der „Volkszeitung“ ein ziemlich breiter Raum zur Verfügung gestanden. Es ist deshalb angebracht, einmal Einiges über die technische Verwaltung der Kassen, z. B. der Fabrikarbeiter-Kasse zu sagen. Die Verpflüchtung des Breslauer Kassenwesens bräut ohnehin für die Versicherten viele Unannehmlichkeiten mit sich; aber der vollständig unzulängliche Zustand genannter Kasse in der Krankengeld-Auszahlung verdient öffentlich besprochen zu werden. Hunderte von vorzeitig zermürbten Männern und hohlwangen, bleichsichtige Frauen und Mädchen müssen 3 bis 4 Stunden in einer immer unerträglicher werdenden Atmosphäre auf das Krankengeld warten. Überall stehen Gruppen, die in erregten Worten ihrer Unzufriedenheit unverhohlenen Ausdruck geben. Schreiber dieses kam am Sonnabend gegen 1/10 Uhr ins Kassenlokal und konnte es erst gegen 1 Uhr vollständig erschöpft verlassen. Hat der Vorstand kein offenes Auge dafür? Wäre es nicht möglich, Freitag und Sonnabend auszugeben und zwar für Männer und Frauen getrennt? Dieser Zustand dient nicht dem Wohle der Kranken, sie würden für die Befreiung im Voraus vielen Dank sagen. Eine Regelung dieser Sache wird sicherlich auch dazu beitragen, die Spannung in dieser streitgeschwängerten Zeit etwas zu schwächen. Einer für viele.

* Vom Stadt-Ausschuß. In Stelle des Stadtrats Dr. Grund wurde in den Stadt-Ausschuß Stadtrat Dr. Friedel gewählt.

* Die alte katholische Landschule Bohrauerstraße 89 soll demnächst abgebrochen werden. Damit verschwindet wieder ein Grundstück aus Breslaus längst vergangenen Tagen.

* Beschäftigte Stadträte. Die Stadträte Rat-maurermeister Tiggner und Apotheker Jungfer sind kürzlich zu unbesoldeten Stadträten gewählt worden; ihre Wahl hat jetzt der Regierungspräsident bestätigt.

* Spionageprozess gegen einen Breslauer. Das Reichsgericht wird am 5. März gegen den Kaufmann Friedrich Wolms verhandeln, der aus Breslau stammt; er ist des verurteilten Verbrechens der Spionage angeklagt.

* In der alten Börse (Blücher-Platz Nr. 16) sind in mehreren Diensträumen verschiedene umfangreiche Ausbesserungen und Erneuerungen erforderlich, wie Anbringen von Wandschnecken, Aufhängen von Decken- und Wandflächen, Säulen und Fenster-rahmen, Unterbringen und Verlegen von Lichtleitungen, Beleuchtung von Linoleum, Instandsetzung von Fußbodenflächen, Lieferung und Anbringen von Zugvorhängen usw. Außerdem sind die Rippenbeständer auszuwechseln. Durch großes Einschneiden der Ausgaben sollen 4100 Mark als ausreichend gelten, um alle diese Arbeiten zu bezahlen.

* Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Schlesien. Zum Bericht über den Gantag am Sonntag ist zu bemerken, die erste Ansprache hielt der Breslauer Bezirksleiter Sangesbruder Seeliger, nicht der Bundes-Direktor. Nicht das erste schlesische Arbeiter-Sängerfest soll jetzt in Breslau veranstaltet werden, sondern das vierte, davon das zweite in Breslau; die anderen zwei schlesischen Arbeiter-Sängerfeste wurden in Görlitz abgehalten. Der Gantag wählte in den Gantagsvorstand als Vorsitzenden Lozar, als Kassierer Sperling, als Beisitzer Mittag, Förster, F. Neumann und Grunow als Obmann der Kontrollkommission. Als Delegierte des Gau Schlesien für den Leipziger Bundestag wurden gewählt der Gantagsvorsitzende J. Lozar und der Bezirksleiter M. Gassen in Görlitz. Der nächste Gantag wird Dieren 1915 in Pischberg abgehalten.

* Die Lauenhagenstraße zwischen Brüderstraße und Börsenstraße vor den Grundstücken Lauenhagenstraße 128 bis 187 muß verbreitert werden. Mit den Arbeiten beginnt die Bauverwaltung im Frühjahr 1914. Die Kosten betragen im ganzen 5700 Mark.

* Neue Beamtenstellen bei der Stadtverwaltung. Der Magistrat beantragt u. a., im Beamtenbesoldungsplane für 1914 folgende neue Stellen zu schaffen: 14 Magistratssekretäre, 42 geprüfte Bureauassistenten, 3 technische Bureauassistenten, 3 Betriebsverwaltungsbuchhalter, 4 Betriebsverwaltungsassistenten, 4 Vermessungsassistenten, 7 Bauassistenten, 3 Bauarbeiter, 1 Wertmeister, 1 Rätebedienter. Der Magistrat bemerkt hierzu, die Zunahme der laufenden Geschäfte im Bureaudienst mache die Vermehrung der planmäßigen Stellen erforderlich.

* Der Jubiläum des Rathauses, wo der Magistrat seine Sitzungen abhält, soll eine Liftungsanlage erhalten. Im vorigen Jahre ist davon mit Rücksicht auf die Jahrhundertfeier abgesehen worden. Der Magistrat führt begründend aus, zur Vermeidung von Zugluft ist das Einbauen einer Lüftungsanlage erforderlich, die bei der Eigenart des Rathauses am liebsten unauffälliger Stelle anzubringen ist. Die Bauverwaltung hat die Gesamtkosten der Arbeit auf 2000 Mk. veranschlagt.

* Die Gleisanlagen des Einbahnhofs sind, wie der Magistrat in einem Antrage an die Stadtverordnetenversammlung ausführt, durch starke Inanspruchnahme in einzelnen Teilen so abgenutzt, daß zur Erhaltung der Betriebssicherheit die Erneuerung dieser Teile notwendig ist. Demnachst sollen zwei einfache und zwei Doppelgleise durch neue ersetzt werden, wobei auch die Anschlussbahnen und die Schwellen ausgewechselt werden müssen. Die Kosten sind auf 15 000 Mk. berechnet.

* Ueber die Wasserverhältnisse in Birkham bei Breslau wurde von jeher geklagt. Der Magistrat erklärt jetzt der Stadtverordneten-Versammlung, aus gesundheitlichen Gründen muß dringend eine Verbesserung durchgeführt werden, nicht allein seiner Bewohner wegen, sondern auch wegen der Laiende von Breslauer Bürgern, die alljährlich dort als Gäste des Kaffeehauses verkehren. Die Verwaltung hatte einen weitergehenden Entwurf vorgelegt, der die Wasserreinigung aller Gehöfte mit Druckwasser verjagt, die Vertriebsdeputation hat aus Sparmaßregeln Rücksicht aber den einfacheren und nur halb so teuren gewährt und der Magistrat ist diesem Beschlusse beizutreten. Der Kostenanschlag, der einen Rieseler mit Filter für Brunnen im Kaffeehaus vorsieht, beläuft sich auf 5000 Mk. ab.

* Ein Diebstahl auf dem Postamt. Am 10. Oktober 1913 gab der Kellner Subert Streich auf dem Postamt ein Paket zur Beförderung auf. Die Adresse schrieb er auf dem Postpult, an dem auch ein Fräulein stand, das ihr Portemonnaie mit 42 Mark neben sich gelegt hatte. Kirchner ließ es verschwinden und entfernte sich rasch. Die Bestohlene erwarnte natürlich ihren Verlust und ließ durch den Schalterbeamten den Absender des Pakets feststellen. Kirchner konnte leicht ermittelt werden. Das Schönheitsgericht verurteilte ihn zu einer Woche Gefängnis. Seine Verurteilung dagegen wurde jetzt von der hiesigen zweiten Strafkammer verworfen.

* Einbruch. In eine verschlossene Wohnung auf der Springenstraße ist am Sonnabend ein Dieb gewaltam eingedrungen und hat daraus einen Maskenanzug (Clown) im Werte von 20 Mk. gestohlen. — Aus einer Wohnung auf der Sandstraße haben Diebe Kleider, Wäsche Schuhe und verschiedene andere Gegenstände im Werte von 47 Mk. gestohlen. Der Minzgasmesser eines Vorkollgeschäfts auf der Kleinen Scheitingerstraße wurde am Montag früh von einem unbekanntem Mann gewaltam erbrochen und seines Inhalts von 480 Mk. beraubt. Endlich ist die Gefellenstube eines Fleischermeisters auf der Bohrauerstraße erbrochen worden. Der Dieb hat daraus eine silberne Remontoiruhr und ein Portemonnaie mit 14,20 Mark gestohlen.

* Fahrrad Diebstahl. Am 20. Januar wurde einem armen Fensterputzer auf der Gröblichenerstraße 66 ein Fahrrad (Marke Excelsior) mit Freilauf gestohlen. Auf dem Rahmen stand der Name Karl Vorst und die Nummer 444140. Das Rad war nicht einmal Eigentum des Bestohlenen; er hatte es sich geborgt und soll es nun erlösen.

sowie Herr Heidtmann waren ganz nett. Andererseits waren einige Darsteller, besonders Herr Johnson, so teutonischer, daß die Souffleuse völlig die Fähring an sich riß und ihre temperamentvollen Ausführungen bis in den letzten Winkel des Theaters verstanden wurden.

Lobe-Theater.

„Der ungetreue Utehart“, Schwank in drei Akten von Hans Sturm.

Ein findiger Versicherungsagent (früherer Kunstschütze) hat einen sehr zugkräftigen Erbdiebstahl, um vermögende Leute zum Abschluß hoher Lebensversicherungen zu bewegen. Er arbeitet mit einer kleinen Freundin zusammen, die liebesüchtige Schenkungen im Genuß hat. Wenn sie angebissen, kommt der Dank der „Schuldlosen verführten Witwe“, legt eine Menschenfernerne auf und erobert den Bekleidungs seiner Ehre vor die Pistole zu fordern. Um keinen Gegner in die richtige Stimmung zu versetzen, zeigt er ihnen so nebenbei einige Kunstschützensstücke, die natürlich nie ihre Wirkung verfehlen. Vereinsmäßig unterzeichnen seine Opfer Versicherungspolice in beliebiger Höhe, zumal der tüchtige Beamte im Interesse seiner Gesellschaft auf das Duell verzichtet.

Auf diese Weise ist ihm auch einer der Schwelgerlöhne des reichen Kommerzienrates Langendorf in die Hände gelangt. Er ist zwar ein unverbesserlicher Windhund, aber diesmal sündigt er doch, daß sein Ehe in die Irre gehen wird. In seiner Angst läuft er zu seinem autmütigen, aber etwas beschränkten Schwager, der sich auch breitschlagen läßt, seine Rolle zu übernehmen. Hieraus ergeben sich nun die tollsten Situationen. Und das Ende vom Lied ist, daß der dumme Bräutigam, der den Ehebrecher hüten mußte, zu einer Art Held emporkommt, weil ein leidbaltiger Bräutigam seine vermeintliche Geliebte zur Waise nimmt. Ueber der Lohn für seinen Heroismus soll nicht ausbleiben. Nicht nur, daß er das für seinen Schwager bestimmte Geld in seine Tasche stecken darf, als ein fahdtkennanter Don Juan gilt für seine Verdienste um die Dehuna der Stillezeit bekommt er noch einen Orden. Wohl ist man so manches Sekundat schon anderwärts begegnet; aber was für's. Es liegt eine übermütige Stimmung über dem Ganzen, wenn es auch den geschlossenen Guß vorlassen läßt.

Hervorragend war Herr Schäfer als der salische Don Juan. Seine dramatische und dennoch nicht übertriebene Komik war zum Lachen. Sein tapferer Gegenpart der Windhund „Fritz Stürmer“ wurde durch Herrn Waldmann prächtig gegeben. Sonst hatten

an dem Erfolg noch die Herren Knaack und Will, sowie die Damen Probst, Gettke, Stod und Kriß hervorragenden Anteil.

Thalia-Theater.

„Der Dieb“ von Henry Bernstein.

Die Stüde dieses Schilderers der Pariser Lebenswelt in ihrer verlogenen Sentimentalität mit einem guten Schuß Nihilismus haben sich auf unseren Bühnen Heimrecht erworben. Unsere Theaterdirektoren beziehen ihre Stüde ebenso wie die „vornehmen“ Damen ihre Kostüme aus Paris. Was von dort kommt, ist Mode; wenn es noch so kümperhaft aus vorhandenen Moden zusammengesetzt wurde. Mit jeder Gebärde ein paar blendende Flitterkrübel geworfen und ein allgemeines: „Ach, wie gut!“ wird ausgedrückt. So war es sonst bei den Bernstein'schen Stüden.

Diesmal ließ sich Bernstein verteidigen, bei den englischen Kriminalromanen eine Anleihe zu machen. Vielleicht glaubte er durch das Zusammenrühren so verschiedenartiger Materien eine neue pikante Zunte zu erfinden. Aber es gelang nicht. Wenn auch solche Kriminalplaudereien als Novelle hergerichtet sich meist ganz spannend lesen, so war der düstige Stoff über einen ganzen Theaterabend ausgedrückt doch nicht fesseln genug, um über die fehlenden dichterischen Qualitäten hinwegzuwischen. Im Mittelpunkt der Handlung steht ein Weib, das um dem Gatten immer eine elegante Gattin sein zu können, ihre Freundin während eines längeren Logierbesuchs nach und nach eine größere Geldsumme entwendet. Der Sohn des Hauses ist bis über die Ohren in die lächne Frau verliebt für diese aber ist die Verehrung des jungen Menschen nur ein flüchtiges Spiel ihrer Tugenden. Unterdessen hat man einen Detektiv ins Haus genommen, der in den Damen nachgehenden Sohne den Hausdieb feststellt zu haben meint. Dieser hat die Situation sehr allüberhaupt und übernimmt bereitwillig die Rolle des Diebes um der Angebeteten den Stempel zu eripieren. Ueber dem Gatten dieser beschämten Dame sind inzwischen verschiedene Auffälligkeiten unterlaufen und er gewinnt die Diebin zum Gefährtigen. Die Geschichte schließt mit einer allgemeinen Verurteilung. Geplagt wurde allgemein ganz loblich. Besonders Herr Knaack, Herr Will, Herr Waldmann, Herr Schäfer, Herr Kriß, Herr Probst, Herr Gettke, Herr Stod und Herr Kriß haben sich mit gutem Willen um ihre Rollen. Herr Waldmann

Breslauer Orchester-Verein.

1. Volkskonzert im Schießwerderjaale. Das Programm zu dieser außerordentlich gut beleuchteten Veranstaltung war bis auf zwei Stücke dem Verständnis der Hörer entgegenkommend. Gaudns leichtflüssige, auch dem unwirklichen jugendliche Millärsinfonie fand ebenso lebhaften Beifall, wie die melodische Ouvertüre zu Goethes „Gymnion“ von Seethoven und die tonmalerische Meeresstille und stürmische Fahrt von Mendelssohn. Die Akademische Fest-Ouvertüre von Brahms hingegen ist nicht für diese Konzerte geeignet. Wohl sind die aus bekannten Studentenliedern bestehenden Motive des Stückes jedem verständlich, aber der Art der Bearbeitung durch Brahms wird dieses Publikum stets fremd gegenüberstehen. Daß Brahms dieses Werk der Breslauer Universität zum Danke für seine Ernennung zum Ehren doktor der Philosophie 1880 gewidmet hat, hätte in keiner Fußnote den Besuchern mitgeteilt werden müssen. Die zweite nicht glückliche Wahl betrifft die Arie „Mein gläubiges Herz“ aus der Pfingsttante von Bach. Aus Respekt vor dem Namen Bach hört man diese in ihrem ganzen dem Volkempfinden abgekehrte Musik ruhig an, applaudiert anstandslos und um sich nicht zu blamieren, ein wenig und bleibt innerlich leer. Einem gläubigen Volks mag diese Musik vielleicht im Rahmen der Kirche etwas zu sagen haben; in ein Volkskonzert gehört sie nicht. Namentlich aber dann nicht, wenn sie der vortragen ein Sängerin ist, die ein recht gutes stimmliches Material, das frei von Unarten ist und nicht geröhnliche musikalische Begabung. Ihr in allen Dingen gleichmäßig ausgebildeter Sopran ist ausgiebig und selbst im äußersten Winkel des großen Saales vernehmbar, die Legitimation durch verständige. Den postlichen Inhalt der gewählten Arie von Schubert und Schumann wurde sie fast vermissen zu lassen. Neben Beifall lobte die belächelte Sängerin

Dom Arbeitsmarkt der Lehrlinge.

Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt:

Wenig Wochen trennen uns noch vom Osterfest, der wieder für viele Tausende junger Leute den Uebertritt aus der Schule ins Erwerbsleben bringt.

Natürlich ist die jeweilige Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes auch für den Lehrlingsmarkt von besonderer Bedeutung.

Das Handwerk wird im laufenden Jahre voraussichtlich ebenfalls einen mindestens normalen Bedarf an Lehrlingen haben.

Es wird noch immer darüber Klage geführt, daß die Abwanderung der Lehrlinge in die Fabriken zu stark sei und vor allem die Handwerker in kleineren Städten nicht genug junge Leute bekommen können.

Gerade in kleinen Städten, wo die Polizei den Handwerksmeister und „Honoratioren“ nicht scharf auf die Finger stellt, werden die Lehrlinge vielfach bis in den späten Abend hinein und auch am Sonntag festgehalten.

Die Abneigung gegen eine regelrechte Lehrzeit ist deshalb vielfach eine sehr eigentümliche Erscheinung.

Die Abneigung gegen eine regelrechte Lehrzeit ist deshalb vielfach eine sehr eigentümliche Erscheinung.

Es ist besonders bemerkenswert, daß die Vermittlung von Lehrstellen für Mädchen von Jahr zu Jahr kräftig zunimmt.

Spanische Schwindler.

Die mit Hunderttausenden herumwerfen, treiben zurzeit wieder in Breslau ihr Unwesen. Ein Leser unseres Blattes hat aus Madrid, der Hauptstadt Spaniens, folgendes Schreiben erhalten, das sicherlich vielen Hunderten in Breslau zugeht wurde:

Sehr geehrter Herr! Wegen Bankrott als Gefangener in hier bitte ich Sie mir zur Zurückzahlung von 800.000 Francs zu verhelfen.

Um dies zu ermöglichen, ist es unbedingt nötig, daß Sie hierher kommen, um mich bezüglich der Prozeduren mit mir in Verbindung zu setzen.

Als Belohnung gebe ich Ihnen den dritten Teil einer Summe. In der Befürchtung, daß Sie meinen Brief nicht erhalten könnten, will ich ein förmliches Mandat ausstellen, worin ich meinen vollständigen Namen unterzeichne.

Ich erwarte nicht direkt im Gefängnis empfangen zu werden, sondern Sie nachher kommen können, zu senden, die mir selbsterklärendes Telegramm an meine Vertrauenspersonen, welche Sie nachher kennen werden, zu senden, die mir selbsterklärendes Telegramm an meine Vertrauenspersonen, welche Sie nachher kennen werden, zu senden, die mir selbsterklärendes Telegramm an meine Vertrauenspersonen, welche Sie nachher kennen werden, zu senden.

Pastrana — Blasco Garay 9 pral. izyda. interior — Madrid. Anechme: Mücke.

Es handelt sich um den gemeinsten Schwindel, der nur denkbar ist, und wir warnen dringend, sich mit dem spanischen Betrüger irgendwie einzulassen.

Betrügerischer Hausierer.

Man schreibt uns: In letzter Zeit wehren sich die Städte, wo teils in der Stadt, teils auf dem Lande das Publikum von angeblichen Hausierern belästigt, ja vielfach betrogen wird.

Um den vielen hierdurch erlittenen Kränkern entgegenzutreten und den ehrlichen Hausierern vor solchen Verdächtigungen zu schützen, möchte ich darauf hinweisen, daß es sich hierbei um keine wirklichen Hausierer, sondern nur um sogenannte Gelegenheits- oder Schwarzhausierer handelt, wie der Fachausdruck lautet.

Zu den Gelegenheits- oder Schwarzhausierern gehören auch die sogenannten „Nepher“, die angeblich goldene Uhren, Ringe und Ketten aus Rot zu billigen Preisen verkaufen, auch Taschenuhren, Anzugstoffe und dergleichen.

Der Reichsverband reisender Gewerbetreibender Deutschlands hat auf seinem diesjährigen Verbandstage in Elberfeld beschlossen, gegen alle das Hausierergewerbe schädigenden Auswüchse vorzugehen, besonders auch gegen die Schwarz- und Siamhausierer, gegen die angebliche Wäschereien, die unter der Hand allerlei Geschäfte machen und gegen den heimlichen Warenhandel in Fabriken, Werkstätten und in Beamtenkreisen.

Wir müssen aber Beweismaterial dazu haben, und deshalb richte ich an die verehrlichen Leser die Bitte, uns alle Betrugsfälle umgehend mitzuteilen, besonders aber die Schwindelhandwerker einfach festnehmen zu lassen.

Sie angepinkelte Bulldogge.

Mit einer recht spitzigen Sache hatte sich am Montag das Breslauer Schöffengericht zu beschäftigen.

Die Angeklagte war eine junge Frau, die sich als Dienstmädchen in der Wohnung eines Herrn in der Stadt aufhielt.

Die Angeklagte wurde beschuldigt, den Dienstherrn um Geld betrogen zu haben.

Die Angeklagte wurde freigesprochen, da die Beweise nicht ausreichten.

Der spudende Nachmeister. Der Herrnikel von Waren-Regiment 1 in Müllrich kam zu spät zum Stadtdienst.

Der Herrnikel wurde wegen Verspätung bestraft.

Der Herrnikel wurde freigesprochen, da die Beweise nicht ausreichten.

Der Herrnikel wurde freigesprochen, da die Beweise nicht ausreichten.

Wetternachrichten der Univeritäts-Sternwarte. Table with columns for date, time, and weather conditions.

Wasserstands-Nachrichten der Ober. Table with columns for location, date, and water level.

Neueste Nachrichten.

Schwere Eisenbahnkatastrophe.

New York, 10. Februar. Der Schnellzug von St. Paul nach Omaha entgleiste unterwegs, weil durch die Kälte eine Schiene gesprungen war.

Ein Flugzeugzusammenstoß in den Lüften.

Berlin, 10. Februar. Auf dem Flugplatz Johannes-tal ereignete sich heute morgen 8 1/2 Uhr ein schweres Flugzeugunglück.

Der deutsche Kandidat für Samter-Birnbaum.

Posen, 10. Februar. In einer gestern nachmittag in Posen abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung sämtlicher deutscher Parteien des Wahlkreises Thorn-Samter-Birnbaum-Schwerin ist für die am 17. März d. J. stattfindende Reichstagswahl, die durch die Mandatsübertragung des Grafen Mielzynski notwendig geworden ist, der konservative Alttergutbesitzer P a z c - R o d l i g auf P e w i k als gemeinsamer deutscher Kandidat aufgestellt worden.

Die neuen Männer in Straßburg.

Straßburg, 10. Februar. Die Ernennung eines präsidenten und Beamten zum Unterstaatssekretär für Justiz und Kultus kommt hier nicht überaus überraschend.

Der Bräuninger Mörder zum Tode verurteilt.

Bräunlingen, 10. Februar. Der Bräuninger Mörder Adolf Bloß wurde gestern nach mehrwöchiger Verhandlung vom Schwurgericht wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode verurteilt.

Die Schiedungen des Ostmarkenvereins.

Wien, 10. Februar. „Gazeta Wicejorna“ in Lemberg erzählt aus Wien, daß die Enthüllungen über die Agitation des preussischen Ostmarkenvereins in Galizien und dessen Einmischung in innere Angelegenheiten der Provinz einen starken Eindruck im Ministerium des Innern machten.

Die Folgen der dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 10. Februar. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand in den französischen Garnisonen lauten täglich schlechter, und die sozialistische Presse setzt bereits mit einer lebhaften Kampagne gegen die Regierung ein.

Geneignung für die Ermordung eines englischen Kapitäns.

Konstantinopel, 10. Februar. Die englische Botschaft forderte gestern Geneignung für die Ermordung eines englischen Kapitäns, der am Sonntagabend in Vassora, wo sein Handelsdampfer vor Anker lag, von Arabern getötet wurde.

Die schwedische Rüstungsfrage.

Stockholm, 10. Februar. Auf die Vorstellungen des Ministeriums wegen der Rede des Königs an die Bauern ist gestern eine unzufriedenende Antwort eingegangen.

Schwere Verletzung eines englischen Forschers.

London, 10. Februar. Einer Meldung der „Daily Mail“ aus Nairobi zufolge ist der bekannte englische Forscher Dr. Mayo Robson durch einen plötzlich losgehenden Schuss erheblich verletzt worden und liegt im Fort Hall darnieder.

Töblicher Fliegerabsturz.

London, den 10. Februar. Aus New-York wird gemeldet: Der amerikanische Militärflieger Leutnant Post stürzte gestern bei einem Fluge in St. Diego in Kalifornien mit seinem Flugzeug ab und wurde getötet.

Gegen die Flottenrüstungen in Japan.

Tokio, 10. Februar. Der Marineminister erklärte in der Sitzung der Budgetkommission des Landtages, er werde sich der beschlossenen Senabstimmung des Budgets nicht widersehen.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Table with columns for date, time, and weather conditions.

Meine Breslauer Nachrichten. Der Brückenverkehr in Hundsfeld. Eine unentgeltliche Fähr.

Zu unserer Anfrage über den Notverkehr über die Hundsfelder Brücke macht das städtische Brückenbauamt folgendes bekannt: Es soll während der Verschiebung der drei eisernen Lieberbauten auf die seitlichen hölzernen Joche nur der Fußverkehr, Verkehr auf die Rossenhaler Brücke verwiesen werden, für die Aufrechterhaltung des Fußgängerverkehrs soll in anderer Weise Sorge getragen werden. Zu diesem Zweck wird ein Fährbetrieb unterhalb der bestehenden Brücke täglich von früh 6 Uhr bis abends 10 Uhr eingerichtet werden. Aus diesem Grunde wird auch mit dem Verschleßen der drei eisernen Lieberbauten bis nach Abgang des Eises gewartet werden. Die Vorarbeiten zu diesen Einrichtungen sind bereits getroffen und es werden zur Zeit die erforderlichen Genehmigungen eingeholt. Der Fährbetrieb wird nicht erhoben werden.

* Aufruf. Seit Mitte 1913 sind bei einer hiesigen Spezialfirma Diebstähle an Möbel- und Wäscheutensilien und Wertgegenständen vorgekommen. Es wurden deshalb bereits mehrere Personen festgenommen, die auch zugewiesen haben, solche Gegenstände zum Teil an Privatpersonen verkauft, zum Teil bei solchen einstecken zu haben. Zur weiteren und schnelleren Aufklärung der Sache werden alle, die von einem Paul Schöpe oder Natur Sterbert irgendwelche Gegenstände gekauft oder in Verwahrung genommen haben, aufgefordert, sich baldigst im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu melden, um nicht in den Verban der Polizei oder Verhaftung zu kommen.

* Straßensumpf. Am Montag abend kam ein Mann am Mafferpark in Scheitend beim Perimeterreien vom Umr. ersteig auf den Bahndamm so unglücklich zu Falle, daß er einen Unterschenkelbruch erlitt. Derbeigerufene Samariter der Feuerwehrliegen den Verunglückten einen Notverband an und schafften ihn in die königliche Klinik auf der Maxstraße.

* Von einem Straßenzug umgefahren wurde am Montag auf der Lauenburgerstraße ein 5jähriges Mädchen; es wurde zu Boden geschleudert, erlitt aber zum Glück keine bedeutenden Verletzungen.

* Verloren wurden Montag vermittags zwei Bibliotheksbücher des Transportarbeiterverbandes. Der Finder wird er sucht, die Bücher im Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes, Weißergasse, abzugeben.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt

* Grüneiche. Unser Jahlabend am Montag war nicht gut besucht. Genosse Klonsky sprach über die wirtschaftlichen Verhältnisse der jüngsten Zeit. Dann gab der Leiter die Abrechnung vom letzten Vierteljahr 1913. Nachdem die Genossen noch auf die in nächster Zeit geplante Agitation hingewiesen wurden, schloß die Sitzung.

* Wetters. Jahlabend. Der bei Knyghalla abgehaltene Jahlabend war diesmal schlecht besucht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, die bevorstehende Gemeindevereinerung, hätte die Genossen von Wetters, Grünhübel und Lohse zum Kommen veranlassen müssen, damit die notwendige Majorität erreicht werden kann. In Wetters ist diesmal ein Bescheidener zu wählen. Es wurde beschlossene, den jetzt ausscheidenden Stellenbesitzer Ziel wieder aufzustellen. Die Anwesenden erklärten sich bereit, in der roten Woche täglich für Partei und Presse zu agitieren. Ferner wurde beschlossen, am 22. März einen Lichtbildervortrag im Bergischen Lokal in Grünhübel zu veranstalten und ebenfalls eine Osterfeier, bei welcher der W.-G.-V. „Eid eilig“ mitwirken soll, in die Wege zu leiten. Genossen von Wetters, Grünhübel und Lohse, beteilige Euch in Zukunft besser an den Jahlabenden. Nicht, daß Ihr Euch nach übermäßigem Genuß von Bier und Schnaps sankt und Euch gegenständig aufleitet, während im Leben immer die wenigen Genossen wichtige Partei- und Gemeindefragen beraten. Schließt Euch lieber denen an, denn nur als geschlossenes Ganzes wird es Euch möglich sein, etwas Erfriechliches zu erzielen.

* Groß-Neuborn. Aus der Partei. In der am Sonntag abgehaltenen und besuchten Mitgliederversammlung sprach Genosse Lohse über Privatfrage und Straßensumpf. Er erläuterte an Hand von Beispielen die Schritte, die zur Einstellung und Durchsührung der Rechte wegen notwendig sind. Eine rege Aussprache zeigte, daß diese Verlegung die richtige ist. Die Versammlung beschloß, auch im nächsten Jahlabend so fortzuführen. Die hierauf folgende Rechnungsgewinn über das zweite Quartal der Kreisstätte wurde angenommen. Ebenso wurde der Voranschlag des Vorstandes, die Manier an einem Orte abzuhalten, einstimmig genehmigt. Die Vorarbeiten zur Gemeindevereinerung wurden einer schlußgebundenen Kommission übertragen. Diese hat der nächsten Mitgliederversammlung Bericht zu geben. Der Stellenbesitzer Keuler von hier hat der Frau eines Ausgewanderten der W.-G.-V. Werke erklärt, von einem roten brauchen er kein Geld. Sie solle ihre Milch holen, wo sie wolle. Die Hausbesitzer dieses Herrn wohnen vor dem Mikolaitor und darunter dürfen nicht wenig Ausgepörrte sein. Ob der Herr auch von diejen kein Geld braucht? Jedenfalls werden es sich die Arbeiter überlegen, ob sie ihren Bedarf noch ferner bei einem so verblissenen Gegner bedenken. Um aber auch unsere Angehörigen und Geschäftliche über die Lohnbewegung in den W.-G.-V. Werken aufzuklären, soll am nächsten Sonntag eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Nachdem noch verschiedene Disziplinargeschichten erledigt waren, blieben die Genossen noch längere Zeit gesellig beisammen.

* Kleitendorf. Aus der Partei. Unsere diesmal im „Lungischen Lokal“ in Kleitendorf abgehaltene Disziplinerversammlung war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr gut besucht. Genosse Srowig erklärte, wie dringend notwendig es ist, daß wir uns an den Gemeindevahlen an allen Orten beteiligen, wo es nur irgend möglich, einen Arbeiter als Kandidaten aufzustellen. Es wurde beschlossen, als Kandidaten für Kleitendorf Genossen Srowig für Paritz Genossen Gottwald aufzustellen. In Kleitendorf wurde der Disziplinordnungsbeauftragte einen geeigneten Person zu suchen. Die Genossen stellten sich diesmal dem Disziplinordner recht zahlreich zur Verfügung. Sie erkannten die Notwendigkeit der Agitation für Partei und Presse. Ferner wurde beschlossen, am Karfreitag einen Lichtbildervortrag abzuhalten, damit das bei der Weihnachtsfeier entstandene Defizit wieder ausgeglichen wird. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten schloß der Disziplinordner mit einem Hoch auf die Partei die Versammlung. Anwesend waren 45 Genossen und 10 Genossinnen.

* Schaufelw. Hungerlöhne. Wie man die Arbeiter bei diesen teuren Zeiten mit wahren Hungerlöhnen abweist, das zeigt sich in trasser Weise in der Schaufelmischer-Fabrikfabrik. Befürchtet sind die Herren v. Bieres, Junker von ehemem Schrot und Korn. In diesem Betriebe werden ungefähr hundert Arbeiter beschäftigt. Sie erhalten bei achtstündiger Arbeitszeit pro Tag 1,60 Mark, sage und Schreie 0 Mark Wochenlohn. Wie soll ein Arbeiter oder Familienvater bei diesen teuren Zeiten mit den teinigten demnach ein ernstgemeines menschenwürdiges Dasein führen können? Dann stellen sich diese Junker an wie die Unschuldskammer und ...

läßt hier ungenügend viel zu wünschen übrig. Ihr Vertreter aus der Umgebung von Schaufelw. organisiert Euch im Fabrikarbeiter-Verband. Dann wird es Euch auch möglich sein, in dieser Hungerbude bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

* Deusch-Lissa. Aus dem Kartell. Hier fand am 5. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Follmer eine vom Kartell Deusch-Lissa einberufene Konferenz der Krankentassen-Vertreter und Erbsparretreter statt. Genosse Weitzer erläuterte in seinem Vortrage „Rechte und Pflichten der Vertreter und Erbsparretreter“ in klarer und erkenntlicher Weise, welche Rechte und Pflichten dem Vertreter obliegen. Vor allen Dingen machte er aufmerksam auf § 125, wonach jedem Mitgliede das Recht auf Ausbündigung eines Status zusteht, erklärte ihnen die Beschwerdefrist von vier Wochen gegen ihre Wahl und wies im Anschluß darauf auf die Wichtigkeit der Wahlhilfe für den Vorstand hin. Des weitern erläuterte er die daraus folgenden Pflichten zu den Versicherungsgenossen und den Esparretretern die bestehende Wahlordnung und die Wichtigkeit derselben. In seinem weiteren Vortrage betonte er auf den § 27 hin und ermahnte die Vertreter, die rigorosen Bestimmungen derselben für die Versicherten zu streichen. Daraus zu den Leistungen der Kasse übergehend, empfahl er den Vertretern, es nicht bei den Mindestleistungen zu lassen, sondern bis zu den gesetzlichen Höchstleistungen zu gehen. Er erläuterte des weitern das eingeführte Zinsen-System, wies die Mängel desselben nach und ermahnte auch hier Abhilfe zu schaffen. In der darauffolgenden freien Aussprache, von welcher durch die anwesenden Genossen reichlich Gebrauch gemacht wurde, zeigte sich, daß Genosse Weitzer klar und deutlich die Rechte und Pflichten zum Ausdruck gebracht hatte.

* Neumarkt. Das hiesige Blättchen scheint seinen Lebenszweck darin zu sehen, die Arbeiter nach Kräften herunterzuziehen. Auch am Mittwoch, den 1. Februar, brachte es als Leitartikel allerlei steifmütige Bemerkungen über die greuliche Sozialdemokratie. Also heißt Herr Eudricht an:

„Was die Sozialdemokratie herrscht, wird jede wirtschaftliche Existenz zerstört und bräut vernichtet, die es wagt, dem roten Terrorismus den geringsten Widerstand entgegenzusetzen und sich nicht willenlos dem Herbesitz der Sozialdemokratie ausliefern zu lassen. Es zahlt nach vielen Tausenden. Ganz besonders schlimm sind die Verhältnisse im Bauwesen. Es ist geradezu ausgeschlossen, daß ein christlicher Bauarbeiter an einer Baustelle, die nur von „Genossen“ besetzt ist, Arbeit bekommt.“

Und um nun die Wahrheit dieses fürchterlichen Geschwafels zu beweisen, führt der Mann einen Bericht der „Schlesischen Zeitung“ an, nach dem in Dörkum auf einem Bau die sozialdemokratischen Arbeiter zwei christlich organisierte Kollegen gezwungen hätten, die Arbeit aufzugeben, weil diese nicht in die freie Organisation übertreten wollten.

Die Quelle, aus der Herr Eudricht seine Weisheit schöpft, die „Schlesische Zeitung“, ist in solchen Dingen recht verdächtig. Nach verdächtig aber ist die Quelle, aus der die „Schlesische Zeitung“ geschöpft wurde, die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ nämlich. Das Blatt hat alle Ursache, den Vorfall in Dortmund ja bereitwillig als möglich auszufächeln.

Was ist denn aber so Gräßliches geschehen? Gerade in den großen Städten des rheinischen Industriegebiets haben die Arbeiter mit rechtlichlosen Unternehmern zu rechnen, gegen die sie sich fast nie beschützen auch energisch wehren. Damit sie das können, müssen sie einig sein. Nun haben aber gerade die christlichen Gewerkschaften hier nicht besonders zuverlässig gezeigt. Es ist nur ihre Mitglieder den um bessere Verhältnisse kampfbereiten Kollegen in den Rücken gefallen. Daß die christlichen Arbeiter sich solche verdächtigen Gesellen soweit als möglich vom Hals halten, ist schon begreiflich.

Lebrigens verfahren unsere Gegner da, wo sie das Geitz in Händen haben, noch viel „brutaler“. Besonders von den sogenannten „Christen“ können wir noch eine Menge lernen. Wenn aber Herr Eudricht nur eine Klasse Meinung von dem hat, was in der Welt vor sich geht, dann müßte er auch den Hundspummeher Bauern kennen, die sich gegenseitig verpflichtet haben, keinem Meister Arbeit zu geben, der freizügigkeit Arbeiter beschuldigt. Wie viele kleine Handwerkerlisten mögen die wohl „rückwärtslos vernichten“.

Herr Eudricht sollte seine Nase nicht in Dinge stecken, die er nicht versteht. Wie würde er sich freuen, wenn sich in Neumarkt plötzlich ein Kontrakt für ihn fände. Wer weiß, vielleicht würde er sogar auch ein Stückchen terroristischer. Hunger tut eben weh und die Not läßt sich nicht nach den Moralbegreiften der fatten bürgerlichen Jugend beurteilen. Denn glaubt der Mann freilich, die christlichen Arbeiter beschimpfen zu dürfen, um sich bei den Würgern beliebt zu machen. Das sollte den Arbeitern Neumarkts zu denken geben. Viele lesen den „Anzeiger für Neumarkt“ und bezahlen damit noch dazu, daß sie häufig schlecht gemacht werden. Solche Blätter gehören nicht in die Arbeiterwohnung. Die beste Antwort auf die dummen Angriffe unserer Gegner aber ist: Freunde, seid einig! Organisiert Euch gemeinschaftlich und politisch und laßt Eue andere Zeitung als die „Vollmacht“. Sie allein tritt stets für Eure Rechte ein.

Schlesien und Posen. Das schlesische Heeresergänzungsgebiät 1912.

In der Aushebungszahl der Provinz Schlesien wurden im Jahre 1912 in den alphabetischen und Restantenlisten 100.610 zur Stellungpflichtige Personen geführt, rund 5000 mehr wie das Jahr vorher. Im Alter von 20 Jahren standen davon 39.311, von 21 Jahren 20.733, von 22 Jahren 26.318, und noch älter waren 4248. Die Gesamtzahl der Ausgehobenen und freiwillig Eingetretene war 18.750, etwa tausend mehr wie 1911. Als „unwürdig“ wurden vom Militärdienst ausgeschlossen 128, eine sehr hohe Ziffer; in der Rheinprovinz waren es beispielsweise nur 39. Als untauglich ausgemustert wurden 2387. Das Jahr vorher waren es noch 2338. Offenbar hat man im Jahre 1912 etwas milder gemustert, denn es veränderten sich auch die Anteile der verschiedenen anderen Entschuldigungen in dieser Richtung.

Nach den endgültigen Entscheidungen der Erbsparretreter wurden von 100 endgültig Abgegebenen 51,2 als tauglich erklärt. Das Jahr vorher betrug die Tauglichkeitsziffer nur 48,9 Prozent. Umgekehrt verminderte sich der Anteil der als untauglich Erklärten von 6,7 auf 6,4 Prozent. Als künftige tauglich, also infolge von augenblicklich körperlicher Konstitution, Unterernährung u. dgl. noch nicht genügend kräftig befunden, worin in den nächsten Jahren noch ein Wandel eintreten könnte, wurden 10,7 Prozent erklärt, und als minder tauglich 31,3 Prozent. Die Tauglichkeitsziffer 51,2 Prozent war eine verhältnismäßig nicht günstige, denn sie betrug zum Beispiel in dem hochindustriellen Rheinland fast 56 Prozent. Das ist ein Beweis für die Unzulänglichkeit der Ansicht, daß nur die agrarischen Gebiete ein reichliches Soldatenmaterial zu liefern imstande seien. Industriegebiete mit höherem Kulturstand, wie z. B. in Rheinland anzusetzen ist, und mit unzweifelhaft den besten sind gerade so gut imstande, dem Heide kräftige und vor allen intelligent und geschulte Soldaten zu geben.

Da durch die neue Heeresverfassung bedeutend mehr Wertenmengen gebraucht werden, also wohl auch die Anforderungen an die Tauglichkeit im allgemeinen etwas herabgesetzt werden müssen, werden wir leider in der Zukunft nicht mehr imstande sein, Vergleiche mit älteren Aushebungsjahren zu veranstalten. Diese Vergleiche waren bisher sehr lehrreich, denn sie gaben den ...

unter dem neuen Aushebungsmodus vergangen sein werden, was man in der Lage sein, das Vergleichungswert in dieser Richtung fortzusetzen.

* Kattowik, 10. Februar. Bergmanns Los. Beim Pfeilerauben auf Ludwigshacht wurde dem Bergmann Wilhelm Schmeta aus Bogutschütz von herabsfallenden Gesteinsmassen der Schädel eingeschlagen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

* Kattowik, 10. Februar. Das Schießfeld. Freitag schon in Groß-Patschin der Arbeiter August Kaszig mit einem 9 Millimeter-Revolver gegen eine Scheibe. Ein Schuß hing fehl und traf, wie der „Oberstl. Anz.“ berichtet, die im Hofe des Nachbargrundstücks stehende Frau Niabomski. Ins Herz getroffen, wankte die Frau noch bis zur Tür des Wohnhauses, wo sie tot zusammenbrach.

* Lipine, 10. Februar. Ein Sittlichkeitskandal? Hier macht eine Sittlichkeitsaffäre viel von sich reden und verursacht unter den Einwohnern große Aufregung. Wegen einen älteren, alleingewesenen und angesehenen Bürger wurde wegen Sittlichkeitsvergehens Anzeige erstattet. Er soll sich an schulpflichtigen Mädchen veranlassen haben. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet und zieht weitere Kreise. So sind in die Sittlichkeitsaffäre mehrere Lehrer und der Portier einer Hütte sowie dessen Sohn verwickelt. Der Portier soll bereits verhaftet sein. — Alle in die Affäre verwickelten Personen gehören zu den Leuten, die in Lipine eine Rolle spielen.

Briefkasten.

100. Ob die geburtsärztliche Tätigkeit des Arztes in diesem Falle von der Kasse bezahlt wird, das hängt von den Vorschriften der Satzungen ab. Sehen Sie also diese Satzungen genau durch und danach stellen Sie den nötigen Antrag bei der Kasse oder unterlassen ihn.

Brieg, K., 100. Das Mädchen soll sich eine andere Wohnung suchen und ausziehen.

U., Uttenstraße. Der Meister muß das Handwerkszeug herausgeben; er darf es nicht zurückbehalten. Verlangen Sie den Mann beim Gewerbeamt, an der Elisabethkirche, Amtsstunden von 8 bis 9 Uhr.

L. K. Die Kinder haben gleichen Anteil an dem Erbe der Mutter, Allerdings, wenn ein Testament errichtet ist, kann dem einen Kindes mehr, dem anderen weniger zugedacht sein. Wegen keine gesetzlichen Gründe vor, so muß einem Kinde mindestens das Nichtigteil gegeben werden.

Abwament 509. 1. Nein, der Hauswirt darf Ihnen nicht verbieten, den Nachacker zu bebauen, wenn Sie am 1. Juli ausziehen. 2. Der Streit der Mieter unter einander geht den Wirt nichts an; deswegen darf kein Mieter die Wohnung ohne Abfindung räumen.

U. B. Ihre Mutter kann leider von der Militärbehörde nicht bekommen; für solche Fälle ist nicht gesorgt. Es bleibt der Mutter nichts übrig, als Alters- oder Invalidenrente zu verlangen, wenn sie Marfen geliebt hat; sonst muß sie den Magistral erlösen, daß er sie unterstützt.

Polian 75. Allein können Sie diese Angelegenheit nicht regeln; es ist nötig, daß Sie sich an einen Rechtsanwalt wenden. Gofski. Wenn die dortige Bauordnung vorschreibt, die Brunnen müssen mit Ziegeln ausgegammelt werden, so ist dagegen nichts zu machen. Wenden Sie von Gemeindevorsteher, daß er Ihnen die Bauordnung vorlegt, damit Sie genau erfahren, welche Vorschriften für Brunnenbauten gelten.

Table with 2 columns: Item description (e.g., Weizen, gute Qualität der letzten Ernte) and prices in Mark and Pfennig.

Breslauer Viehmarkt. Weizen, per 100 Kilogramm inkl. Fracht brutto Weizenmehl 00 vultig. 26,00-26,50 M., Magermehl 00 vultig. 23,00-23,50 M., Roggenmehl 00 vultig. 22,00-23,00 M., Magermehl 00 vultig. 18,00-19,00 M., Weizenkleie vultig. 10,00-10,50 M.

Breslauer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht über den Mehlmarkt am 8. Februar 1914. Der Auftrieb betrug: 17 Kinder, 1667 Schweihe, 193 Kälber, 223 Schafe. Derjenige Ueberhand vom vorigen Markte: 19 Kinder, - Schweihe, - Kälber, 51 Schafe.

Es wurden gesalzt für 50 Kilogramm:

Table with 3 columns: Category (e.g., I. Kinder, A. Ochsen), Weight (e.g., Schlachtgewicht), and Price/Value (e.g., 45-47, 79-82).

Dienstag, den 10. Februar: Sozialarbeiter, Maschinenarbeiter. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Schirmmacher und Häherinnen. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr: Parteipublikum, Klein-Kassa bei Frau. Deusch-Lissa bei Follmer. Sozialdemokratische Versammlung.

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung, Montag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines Privat- (agereverfahrens gegen den Aba. Behrens (Wirtsch. Vag.) wegen Verleumdung wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission nicht erteilt.

Darauf wird die zweite Beratung des

Etat des Reichsamts des Innern

fortgesetzt beim Kapitel „Statistisches Amt“.

Hg. Siblovich (Wirt.) kritisiert die Schulstatistik, sie ermangele der Einheitslichkeit und Uebereinstimmlichkeit.

Hg. Mühl (Soz.): Beim Kindererziehungsgesetz verlangte der Reichstag eine Enquete über die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Kinder und die Gefahren dieser Tätigkeit. Die Enquete ist seit zehn Jahren abgeschlossen, aber heute noch nicht veröffentlicht. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wenn die Veröffentlichung der Gutachten auf Schwierigkeiten stößt, so hätte doch mindestens das Zahlenmaterial veröffentlicht werden müssen. Das es unterbleibt, kann eigentlich nur dem Umstande zugeschrieben werden, daß die Veröffentlichung eine solche Enttäuschung in der Öffentlichkeit auslösen würde, daß mit Energie auch in der Landwirtschaft die Kinder vor Ausbeutung geschützt werden müßten. Das aber will man nicht aus Furcht vor den Junkern. (Zustimmung bei den Soz.)

Das Kapitel der Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist ein der allertrauerlichsten, schon elbährigen Kindern wird die Mitterlaubnis gegeben, und zwar ohne Begrenzung der Arbeitszeit, so daß 16- bis 18stündige Arbeitszeit im Sommer die Regel ist. Unter solchen Umständen ist eine längere Dinaus-schöpfung der Veröffentlichung des Materials geradezu eine Verweigerung der Veröffentlichung. (Präsident kämpft mit dem Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Unter der Führung von Geistlichen werden in Süddeutschland geradezu

Kindersklavenmärkte veranstaltet, wo die Mitterkinder für den ganzen Sommer ver-mietet werden. Solche himmelschreienden Zustände müssen so bald als möglich beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Man redet so viel von Jugendpflege; die beste Jugendpflege ist der Schutz der Kinder vor Ausbeutung. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das Material ist von zwei Regierungen noch nicht eingegangen; es ist dort nach anderen Grundsätzen aufgenommen, als in den übrigen Staaten. Des-halb habe ich auf Wunsch dieser Regierungen ein Mitglied des Statistischen Amtes mit der Durcharbeitung des Materials beauf-tragt, damit es mit dem übrigen Material vergleichbar wird. Au-der baldigen Veröffentlichung des Materials ist auch uns ge-legen (Zuruf bei den Soz.): Nach weiteren zehn Jahren, damit wir an seiner Hand den hier vorgebrachten un-gläublichen Liebertreibungen entgegenzutreten können. (Bravo! rechts.)

Hg. Pieper (Zentr.) fragt darüber, daß das Statistische Amt solange Zeit brauche, um gesammeltes Material zu be-arbeiten und zu veröffentlichen; speziell der Abteilung für Ar-beiterstatistik scheine es an Kräften zu fehlen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Abteilung für Arbeiterstatistik soll in keiner Weise eingeschränkt werden.

Hg. Thiele (Soz.): Der Staatssekretär hat keinen aus-reichenden Grund dafür angeben können, daß von einigen Bundesstaaten die Einsendung des Rohmaterials um zehn Jahre verzögert ist. Unsere Statistik macht überhaupt über den Einbruch, daß sie nicht tendenzlos bearbeitet wird. Zu-wünschen ist, daß uns endlich einmal eine Statistik der Ein-mündigungen vorgelegt wird.

Hg. Segen (Soz.): Vor vier Jahren forderte der Reichs-tag eine Aenderung der Streitstatistik. Der Bundesrat teilt mit, daß die Erwägungen hierüber noch schweben, also

hier Jahre erwägt man

die Prüfung der Aenderung eines Formulare. (Hört, hört! b. d. Soz.) Indessen dauert der Jammer der amtlichen Streit-statistik fort. Wiederholt habe ich ihre Unrichtigkeit nachgewiesen — gibt sie doch nicht einmal die Zahl der Streiks und Aus-berungen so hoch an, wie die Gewerkschaftsstatistik. Aber so-genannte Streikvergehen gibt sie an. Man wollte sie eben von Anfang an zu einer kriminalistischen machen, um Ma-terial zur Begründung der Zuchthausvorlage zu bekommen. Das konnte natürlich nicht gelingen. Denn wenn sie schon in den einfachsten Grundlagen falsch ist, wird kein vernünftiger Mensch das für richtig halten, was über das Eingreifen der Polizei ge-

sagt wird. Jedenfalls möchte ich vom Staatssekretär wissen, wieviel Jahre die Erwägungen noch dauern sollen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es handelt sich nicht lediglich um eine Aenderung der Formulare, sondern um die Schaffung einer anderen Grundlage. Darüber ich weihen Verhand-lungen, so lange ich im Amte bin, und ich wäre sehr glück-lich, wenn ich bei der Vorredner einen Termin mitteilen könnte, bis zu dem sie abgeschlossen wären. (Weiter! bei den Soz.)

Das Kapitel „Normalerziehungssamt“ verlangt

Hg. Aring (Zentr.) Erklärung der

Förderwagen in Steinbrüchen.

Hg. Nat. v. Boniqueres bemerkt, daß die Förderwagen in Steinbrüchen bereits eichungspflichtig sind und daß Anträge von Steinbrüch-Besitzern um Befreiung von dieser Verpflichtung ab-gelehnt worden sind.

Hg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Vag.) bemerkt, daß auch in seinem Wahlkreis diese Waren nicht eichet werden.

Es folgt das Kapitel „Gesundheitsamt“.

Hg. Anzick (Soz.): Wir haben in einer Resolution die Wünsche des Kranken- und Pflegerpersonals

knapp zusammengefaßt. Die Redner der bürgerlichen Parteien haben im vorigen Jahre warme Worte für das Pflegerpersonal ge-sprochen und werden diesmal hoffentlich für unsere Resolution stimmen, die alles das nicht enthält, was die Wahrheit im vorigen Jahre abgelehnt hat. Nicht etwa, daß wir diese Forderungen nicht für durchführbar hielten, aber wir wünschten, daß wenigstens die dringendsten Wünsche des Personals erfüllt werden.

Die nationalliberale Resolution verlangt lediglich eine einheitliche Regelung der Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Pflegerpersonals. Das hat der Reichstag schon vor zwei Jahren beschlossen und die Regierung hat Erwägungen zugesagt, die aber natürlich noch schwer liegen. Wir verlangen klare gesetzliche Schutzbestimmungen für das Pflegerpersonal. Zunächst ist eine obligatorische Aus-bildung des Pflegerpersonals nötig, sowie eine Voregelung der Prüfungsbedingungen. Heute ist die Ausbildung ganz ungenügend. Die Krankenpflegerinnen bilden die Leute für 30 Wk. im Monat zwei Jahre lang aus und entlassen sie dann als geprüfte Kranken-pflegerinnen. So verhalten sie sich billiger Pflegerpersonal. Weiter verlangen wir Unterstellung des Pflegerpersonals unter die Ge-meinverordnungen. Die Angehörigen öffentlicher gemeinnütziger Pflegeanstalten können und werden heute mittelalterlichen Ge-führungsverhältnissen unterstellt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Je einer Landesirrenanstalt wird den Wärtern das Batten bestimmter Funktionen vorbehalten, vor allem der „Sanitätswache“, das Nachsorge der Organisation der Krankenpfleger. Gefreulicherweise ist das Pflegerpersonal schon soweit zum Bewußtsein seiner Klassenlage gekommen, daß es sich an solche Verhältnisse nicht lehnt. — Weiter verlangen wir die Festlegung einer zwölf-stündigen Dienstreitzeit, Tag- und Nachtschicht. Die För-derung des Pflegerpersonals haben wir lassen müssen, nicht etwa weil wir sie für unumsetzbar hielten, sondern weil die Arbeit sie ablehnt, und wir hoffen, daß sie wenigstens die zwölfstündige Dienstreitzeit annehmen werden. Tatsächlich wird bei uns in den Krankenanstalten noch 18 Stunden gearbeitet. Herr Dr. Gerlach hat das im vorigen Jahre bestritten, aber zahlreiche Zuschriften, die wohl auch er bekommen hat, beweisen, wie grauenvoll

die Zustände in den Krankenanstalten in Bezug auf die Arbeitszeit noch sind. Es muß ihnen schleunigst ein Ende gemacht und eine allwöchentliche Mindestruhepause von 24 Stunden eingeführt werden. — Das Essen für das Personal ist vielfach sehr schlecht, und die Forderung auf Befreiung des Kost- und Logiszwanges in der Anstalt erscheint daher sehr berechtigt und notwendig. — Alle Parteien sollten sich zusammen-finden, um die Regierung zu zwingen, endlich aus dem Zustand der Erwägungen herauszukommen; der Reichstag würde nichts zur Befreiung der himmelschreienden Zustände tun, wenn er sich auf die Annahme der nichtslagenden, verworfenen Reso-lutionen der Nationalliberalen beschränkt. (Zustimmung bei den Soz.)

Weiter verlangen wir die Unterstellung des gesamten Pflegerpersonals unter die Reichsversicherungsordnung. Ange-sichts der Gefahren, denen dieses Personal unterliegt, eine ganz selbstverständliche Forderung. — Wichtig ist auch unsere letzte Forderung auf Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens 14 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für sonstige Bezüge. — Unsere Anträge verlangen, wie ich schon mehrfach betont, nur das allernotwendigste; hoffentlich werden Sie ihnen zustimmen. Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Hg. Dr. Gerlach (Zentr.): Der Verus des Krankenpflegers verlangt unter

sehr viel Gehalts und Aufzehrung. Notwendig ist eine gute Ausbildung des Pflegerpersonals. Weitgehende Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage des Pflegerpersonals haben die Direktoren der Irrenanstalten schon im Jahre 1896 erhoben; die Durchführung scheitert aber vielfach an dem Mangel der den Anstalten zur Verfügung stehenden Mittel. — Zu der Arbeit ist das man doch nicht die Zeit hinzurechnen, in der ein Wärter z. B. im Dienstzimmer schläft, auch wenn es vorkommen kann, daß er mittendrin geweckt werden muß. Den Urlaub wird jeder Arzt, jeder Direktor gern bewilligen, ob es möglich ist, hängt von den Verhältnissen der Anstalt ab. Ich bitte Sie, die Resolution der Nationalliberalen, die berücksichtigt, daß die Ver-hältnisse in den einzelnen Staaten verschieden liegen, einstimmig anzunehmen. Redner betont weiter die Notwendigkeit der Aus-bildung der Ärzte in der sozialen Medizin.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es sprechen erhebliche Bedenken da-gegen, die Verhältnisse des Krankenpersonals analog denen der Arbeiter zu regeln. Die Arbeitgeber dieses Personals sind zum erheblichen Teile nicht Gewerbetreibende, sondern Behörden oder Wohltätigkeitsanstalten, Konzeptionen usw. Da ist es bedenklich, mit einem Gesetz einzugreifen, das den Verhältnissen der Arbeiter nachgebildet ist. Vor allem kommt es darauf an, daß Grundsätze über die Ausbildung und Prüfung des Personals vorhanden sind. Diese bestehen durch Vereinbarungen der Bundesstaaten. Ob sie verbesserungsbedürftig sind, wird geprüft werden. Als Grundsätze, die den Bundesregierungen zur Prüfung vorzulegen, sind folgende aufgestellt: Bekannte Tag- und Nachtschicht,

9 stündige Ruhezeit für das Personal,

das amper Tages auch Nachdienst hat; Beginn der Tages-arbeit möglichst nicht vor 6 Uhr und Ende nicht nach 8 Uhr; ein freier Nachmittags- und ein freier Morgen- und ein freier Sonntag; ein jährlicher Urlaub von 14 Tagen und Auf-stellung einer Dienstordnung, sowie deren Kontrolle. Die Be-hauptung des Abg. Anzick, es sei nichts gefehlt, ist also unrichtig.

Hg. v. Anzick (konf.) wünscht Maßnahmen gegen die Säug-lingsterblichkeit. Die Verletzung des Kost- und Logiszwanges in Krankenhäusern, wie sie der sozialdemokratische Antrag verlangt, ist unüberwindlich.

Hg. Dr. Blund (Wirt.): Auch der konservative Redner hat Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang hier im Reichstag er-örtert, obwohl diese Maßnahmen doch Landessache sind. Der Preußenbund und Herr von Karborst, der heute im Landtag gegen die „unerhörten Eingriffe des Reichstags“ in die Ver-hältnisse des Landtags gewettert hat, werden damit wenig zufrieden sein. Die Verhältnisse des Krankenpersonals habe ich zuerst hier vorgetragen. Damals haben sich die Sozialdemokraten ausge-sprochen. Gatten wir die diesmalige Resolution des Abgeord-neten Anzick in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit von zwölf Stunden annehmen, — im vorigen Jahre forderte sie 8 Stunden — wäre das direkt ein Anreiz zur Verflechtung bestehender besserer Verhältnisse. (Lachen b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich.

Hg. Anzick (Soz.): Ich habe ausdrücklich darauf hinge-wiesen, warum wir diesmal nicht 8 Stunden, sondern 12 Stun-den Dienstreitzeit verlangen, nämlich um auch die Freisinnigen dar-für zu gewinnen, die damals unentwegt gegen die 8 Stunden sprachen. Lange bevor Dr. Blund im Reichstag sah, habe ich hier die Verhältnisse des Pflegerpersonals erörtert.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluss 7¼ Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhauß.

22. Sitzung, 9. Februar 1914, 11 Uhr.

Der Etat des Innern.

Eine Generaldebatte findet beim Titel „Gehalt des Ministers“ statt. Folgende Anträge liegen vor:

Ein nationalliberaler Antrag v. Krause verlangt 1. Mit-teilung der von dem Minister des Innern in der Sitzung vom 14. Januar 1914. erwähnten Anweisung an die Oberpräsidenten wegen des Erlasses von Polizeiverordnungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, der Verlor, des Eigentums — und Auskunft darüber, in welcher Art und welchem Umfang der Anweisung entsprochen ist, 2. daß die örtlichen Polizeibehörden und Greiforgane angehalten werden, sobald bei Ausbruch einer Arbeitsstreitigkeit eine Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, ins-besondere durch Verletzungen, Arbeitswilliger,

Es des Frischen Dasts brachen am Sonntag, wie aus Pillau berichtet wird, beim Schlittschuhlaufen zwei Söhne eines Fischers aus Camptigall im Alter von 13 und 10 Jahren ein. Beide ertranken. — Auf dem Wallgraben bei Königberg brachen am Sonntag zwei junge Leute im Alter von 13 und 18 Jahren ein. Der jüngere ertrank.

Fünf Jahre Zuchthaus wegen Fahnenflucht. (!!!)

Am 6. Februar verurteilte das Kriegsgericht der 16. Di- vision in Trier einen Soldaten, den Musikleiter Viktor aus Frank-furt a. M., zu fünf Jahren Zuchthaus. Viktor ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. Im Jahre 1902 wurde er als sogenannter Unflüchtiger eingestuft, desertierte aus Furcht vor Strafe, weil er eines Tags eine halbe Stunde zu spät in die Kaserne gekommen war und fiel auf seiner Flucht Werb-ern der Fremdenlegion in die Hände. Dort mußte er fünf Jahre abdienen. Dann kehrte er freiwillig zurück und erhielt 7 Monate Gefängnis. Raum von der Stellung zurück, desertierte er zum zweiten Mal. Er hatte vor seiner Einstellung 1902 schon geheiratet und mehrere Kinder zu ernähren und erklärt nun, er habe nicht extragen können, daß seine Frau und Kinder in Not und Elend dahin lebten. Er sei fahnenflüchtig geworden, um für seine Familie zu sorgen, und daß das keine Ausrede war, geht daraus hervor, daß er selbst von seiner kargen Lohnung seine Familie noch unterhielt. Er wurde nach der zweiten Desertation wieder fest-genommen und erhielt 1 Jahr Gefängnis, welche Strafe er auch verbüßt hat. Er wollte jetzt seine Dienstzeit regulär beenden und bemühte sich, von der Stadt Frankfurt eine angemessene Unter-stützung für seine Frau und Kinder zu erlangen. Das gelang ihm nicht und deshalb desertierte er zum dritten Male und ging ins Ausland. Freiwillig kehrte er schließlich zurück, da es ihm nicht gelang, die Frau mit den Kindern ins Ausland zu bringen, und wurde nun zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht mußte selbst anerkennen, daß der Angeklagte aus edle- und durchaus anständigen Motiven gehandelt habe aber dennoch — fünf Jahre Zuchthaus. Damit hat man be-wiesen, daß das Militärrecht in einem humanen Staatsgebilde keinen Platz hat.

Aus aller Welt.

Über 1000 Menschen umgekommen.
Nach den neuesten Nachrichten aus Bahia sind bei den letzten Ueberflutungen über 1000 Per-sonen umgekommen. Die Eisenbahnen sind beschädigt worden.

Ein neuer Flugweltrekord.
Am Sonnabend morgen war der Aviatikpilot Karl Ingold in Mülhausen i. G. aufgestiegen, um sich um die Städtepreise der Nationalflugpende zu bewerben. Er hat sein Unternehmen glücklich durchgeführt und dabei zugleich einen Weltrekord im Ueberlandflug ohne Zwischen-landung aufgestellt, der in Anbetracht der Jahreszeit noch an Bedeutung gewinnt. Ingold ver-mohte 16 Stunden und 30 Minuten lang zu fliegen und bedeckte dabei eine Strecke von über 1600 Kilometern. Er flog von Mülhausen i. G. ab, kam nach Mülhausen i. Th., Gotha, Forst, Rothbus und Landere (Schulz), nachdem er in das bayerische Hochland ver-schlagen worden war, kurz vor Mitternacht im Forsterle der Park bei München. — Ingold bewahrte sich um die Städte- und Rentenflüge der Nationalflugpende, die für alle deutschen Flugzugführer auf rein deutschen Maschinen offen stehen.

Kurz vor Mitternacht hörte man auf dem Schleißheimer Flugplatz, nach einem Bericht des „B. Z.“, das Knattern eines Flugmotors hoch in den Lüften. Da anzunehmen war, daß ein fremder Flieger ankam, wurden sofort Benzinflur entzündet, um dem Piloten die Landungsstelle kenntlich zu machen. 11 Uhr 35 Minuten schob ein Aviat-Doppeldecker nieder, in dem sich ver-fliegter Ingold befand, der morgens in Mülhausen aufgestiegen war. Ingold war 16 Stunden 30 Minuten in der Luft gewesen und hatte den größten Teil Mittel- und Süddeutsch-lands überflogen. Der Flieger war, da seine elektrische Beleuchtung verjagt hatte, von 8 Uhr abends an im Dunkeln umhergetrieben und war sehr erschöpft. Das Flugzeug wurde demontiert und nach Mülhausen geschickt. Ingold hat mit seinem Plane einen neuen Weltrekord im Ueberlandflug ohne Zwischen-landung aufgestellt.

Ein nordischer Meeresflug.
Die Vertreter der dänischen Gesellschaften Däne-marks, Norwegens, Schwedens und Deutsch-lands haben sich in Kopenhagen versammelt, um nähere Bestimmungen über einen für den Sommer beabsichtigten nor-dischen Meeresflug zu treffen. Von Dänemark, Norwegen

und Deutschland sind bisher 65 000 Frants für Vänten garantiert, Schweden stellte unter Vorbehalt 10 000 in Aussicht. Der Start ist am 22. August in Warnemünde und die An-kunft am gleichen Tage in Kopenhagen. Am 23. August wird der Flug nach Aarhus fortgesetzt, dann über Malborg, Skagen und eventuell Götterburg nach Christiania gehen, wo die Flieger spätestens am 30. August eintreffen müssen. Es wurde beschlossen eine internationale Kommission zu wählen, die die Oberleitung des Fluges inne haben soll. Als Präsident wurde Generalleutnant Freiherr von der Goltz ge-wählt. Die Flieger müssen einen Passagier mitführen.

Wierzig Personen verbrannt.
Die „Times“ meldet aus Washington: Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß 40 Personen, unter ihnen 7 Ameri-kaner, lebendig in einem Eisenbahnzug verbrannten. Mexi-kanische Rebellen führten den Zug in einen Tunnel in der Nähe von El Paso, in dem sich bereits ein brennender Güterzug auf einem Nebengleis befand. Keiner der Zuginsassen, wierzig an der Zahl, entkam aus dem halb in Brand geratenen Per-sonenzug.

Nähere Nachrichten über das Eisenbahnunglück in dem Combre-Tunnel lassen erkennen, daß dieses tatsächlich dem Bin-denführer Castillo zuzuschreiben ist, der einen Güterzug in den Tunnel schieben ließ dort ansetzte und dann von einem benachbarten Beobachtungsposten zurück, wie der Passagierzug in den Tunnel fuhr. Die Rettungsmannschaften haben nur bis zur Lokomotive vordringen können und dort verkohlte Ueberreste mehrerer Menschen gefunden. Mitbin scheint festzustehen, daß 50 bis 60 Personen umgekommen sind, darunter 15 Amerikaner.

Opfer des Eisports.
Der letzte Sonntag hat unter den Schlittschuhläufern eine Reihe von Todesopfern gefordert. Auf dem Eis der Ober-havel bei Spandau brachen am Sonntag abend zwei Schlittschuhläufer ein. Während der eine von ihnen gerettet werden konnte, ging der andere im Wasser unter und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Es handelt sich um den 19 Jahre alten Schüler Wilhelm Reiber aus Spandau. — Bei Dangelshagen an der Spree ertrank am Sonntag nach-mittag ein junges Mädchen, namens Anna Friel, das einen entlaufenen Hund vom Eis herunterholen wollte. Das Mädchen wurde zwar nach wenigen Minuten aus dem Wasser gezogen, doch waren alle Wiederbelebungsvorläufe erfolglos. — Auf dem

festgesetzt wird oder zu setzen ist, in Anwendung und Geltung des bestehenden Rechtes und der auf Grund dieses Rechtes erlassenen Polizeiverordnungen unter sorgfältiger Wahrung der Koalitionsfreiheit dem Mißbrauch dieser Freiheit in der Richtung eines Koalitionszwanges unverzüglich und nachdrücklich entgegenzutreten; 2. daß die Regierung ihrerseits im Bundesratte auf eine beschleunigte Vorlegung der im Reichstag geforderten und vom Reichskanzler in Aussicht gestellten Teilschlüsse zur Vorbereitung einer reichsgesetzlichen Regelung des Schutzes der vereinbarten Koalitionsfreiheit.

Ein Abänderungsantrag der Konservativen und Freikonservativen will hinter dem Worte „Freiheit“ eingeschaltet wissen: „insbesondere der Verbeißwilligen“.

Ein weiterer Antrag der Nationalliberalen (Dr. Gottschall und Genossen) verlangt ein Gesetz, das die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Ausschluß bestimmter im Staats-, Gemeindef-, Kirchen- und Schuldendienst angestellten Personen von der Wahl zu Mitgliedern kommunaler Körperschaften abändert.

Abg. v. Kardorff (Freikons.):

Da das Ministerium des Innern das führende Ministerium in Preußen ist und alle wichtigen Fragen von ihm zuerst behandelt werden, muß ich in der Generaldebatte eine Anzahl wichtiger politischer Dinge besprechen, auch wenn sie nicht unmittelbar zum Ressort gehören. Redner klagt zunächst über die frühe Einberufung des Landtags. Der Landtag muß auf alle Fälle früher vorgelegt werden, denn über den Etat hinaus kann der Landtag nicht zusammengehalten werden. Im Reichstage hat der freikonservative Abg. Müller-Meinungen gesagt: Die preussischen Behörden müssen auf das Vereinsgesetz. Das ist ganz falsch, die Behörden haben entschieden abgenommen. Wenn die preussischen Behörden in solcher Weise im Reichstage angegriffen werden, so ist das wieder einmal eine

Verunglimpfung des preussischen Staats im Reichstage.

(München links.) Nun will die Linke im Reichstage eine Verunglimpfung des Vereinsgesetzes. Davon wollen meine Freunde nichts wissen. Wir wollen, daß die Jugend in nationalem Sinne erzogen wird, aber sie gehört nicht ins politische Leben und in den Kampf der Parteien. Die stützenden Zustände in Berlin sind derartig, daß die Polizei sich einmal arbeitslos damit befassen sollte. Ich verweise nur auf die Postkarten, die uns beim Jubiläum auf den Tisch des Hauses gelegt wurden. Der Verunglimpfung in der Ostmarkenfrage ist unbekannt. Wir haben auch zu dem gegenwärtigen Landtagspräsidenten das Vertrauen, daß er das Erforderliche tun wird. Aber in der Erklärung des deutschen Elements in den Ostmarken ist noch nicht genug geschehen. Die Dinge brennen uns auf den Nägeln. Die Polizei, die der Abg. Kardorff in der Generaldebatte des Landtagspräsidenten vorlesen hat, sind durch einen niederträchtigen Diebstahl aus dem Bureau des Ostmarkenvereins entwendet worden. Wir haben die ruffähigen Arbeiter ins Land gezogen, um durch sie die polnischen zu ersetzen. Wenn aber Dinge vorgekommen sein sollten, die nicht zu billigen sind, so wird der Ostmarkenverein selbst das in Ordnung bringen. Wir begreifen es, daß die gesamte deutsche Presse jene Briefe nicht veröffentlicht hat. Es ist zu bedauern, daß das Zentrum im Reichstage die Ostmarkenfrage abgelehnt hat. Das preussische Wahlrecht ist in der Tat die Kernfrage der deutschen Politik. Diejenigen Staaten, die mit der Sozialdemokratie kooperieren, werden nicht handhaben.

wenn die Sozialdemokratie die Dinge zum Klappen bringt.

Der Abg. Traut hat gesagt: Entweder kommt die Reform in des preussischen Wahlrechts oder der Waffenscheit. Nun, die Reform wird niemals kommen. Und wenn der Waffenscheit kommt, so erwarten wir, daß die preussische Staatsregierung ihren Mann steht. Wenn das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt werden würde, würde das Verfassungsrecht auch in sämtlichen Provinzen Preußens fallen. Herr Cassel! Dann wäre es mit dem ungeliebten König von Berlin vorbei und Abolition Hoffmann würde die Krone tragen. (Große Heiterkeit!) Das Wort vom ungeliebten Königswort läßt sich nicht aufrecht erhalten. Wir vertreten die Interessen der Monarchie, und wir würden diese Interessen auch eventuell einmal gegen den Wunsch des Königs vertreten. Die Rede des Abg. Nisching hat uns an die besten Zeiten der Nationalliberalen erinnert. In der Wirtschaftspolitik stimmen wir, wie uns die Rede des Abg. v. Kardorff gelehrt hat, ganz mit den Deutsch-Konservativen überein. Die Rede des Abg. Nisching hat in der Rede des Abg. Schiffer ein entsetzendes Echo gefunden. Er hat linksliberales Wasser in den allliberalen Wein geschüttet. Wir haben im Gegensatz zu der schwankenden Haltung der Nationalliberalen stets die Politik der geraden Linie verfolgt. Wir stehen der Politik des Reichskanzlers vollkommen selbständig gegenüber. Er hat sich ein dauerndes Verdienst durch die Durchbringung der Wehrvorlage und durch die Lösung der Belferfrage erworben. Aber wir können uns

Ein Kampf mit Wilderern.

In der Nacht zum Montag sind der Forstläufer Schmidt und der Revierförster Ludwig in Eckartsberg a. Ansturt mit Wilderern zusammengefallen. Ludwig wurde getötet und Schmidt schwer verwundet. Die Gerichtskommission fand die Leiche im Walde, 10 Meter davon entfernt ein erlegtes Reh. Der Täter ist unbekannt. Der getötete Förster ist Familienvater.

Eine Sittlichkeitsaffäre in Duisburg. In Duisburg befaßt sich die Öffentlichkeit mit einer Sensationsgeschichte, die auf § 175 Str.-G.-B. basiert. Am Sonntagabend hatten sich etwa hundert teils als Damen verkleidete Männer zu einem Kostümfest vereinigt. Sie feierten Orgien, als plötzlich fünfzehn Kriminalschubhute unter Führung eines Kommissars dem Saale ein Ende machten. Bei Feststellung der Personalien ergab sich, daß Herren aus allen Schichten der Gesellschaft: Metzger, Apotheker, Kaufleute, daneben Kellner als Damentimitanten anwesend waren. Die Leute kommen aus Düsseldorf, Solingen, Dortmund, Essen, Berlin, Hamburg usw. Der Kriminalpolizei war bereits längere Zeit bekannt, daß derartige Orgien in Duisburg geteilt wurden. Als von der Düsseldorf Polizei gemeldet wurde, daß am Sonntag in Duisburg Männer-Maschinenball stattfinden sollte, nahmen Kriminalbeamte am Bahnhof Aufstellung und verfolgten gewisse maskierte Reisende. Auf ein bestimmtes Kennzeichen richteten sich den bekannten Gärten die Türen zum Saal, in dem die Festlichkeit stattfand. Als Kriminalbeamte in den Saal eindringen, versuchte eine Anzahl Personen durch das Fenster zu entfliehen; diese Flüchtlinge wurden aber von den vor dem Saale postierten Kriminalbeamten verhaftet.

Wadenangriff des Ostmarkenvereins. Der zum Tode verurteilte Ostmarkenvereinschef hat ein Wadenangriff eingereicht, in dem er in erster Linie um Wiederaufnahme des Verfallsbittels. Hopp hat bekanntlich behauptet, daß er kurz vor dem Tode seiner ersten Frau noch keine Wadillen befallen hatte.

Eine Million Dollars für den Flug um die Welt. Die Direktion der Panamanakanalgesellschaft in San Francisco beabsichtigt, den Preis für die Rundflug um die Welt auf eine Million Dollars zu erhöhen. Auch sollen die Bedingungen für die Zurücklegung der Strecke bedeutend erleichtert werden, da die Zeit, in der die Strecke zurückzulegen ist, auf 120 Tage erhöht wurde.

Sturm auf dem Atlantischen Ozean. Nach Berichten dreier im New Yorker Hafen eingelaufener Dampfer, „Kaiserin Augusta“, „Meganion“ und „Provence“, wütet in den letzten Tagen auf dem Atlantischen Ozean ein furchtbarer Sturm. Die drei Schiffe haben Havarien davongetragen. Am Schicksal verhängt die „Meganion“, die außerdem sämtliche Reisende befreit hat.

durchaus nicht in allem mit seiner Politik identifizieren. Wir bedauern es, daß der Reichskanzler so empfindlich gegen Angriffe ist

Parlamente sind doch keine Mädchenpensionale

(Weiterer Teil.) Durch die Befragung des Besizes durch die neuen Steuern ist eine allgemeine Mißstimmung im Lande erzeugt worden. Wir hoffen, daß im Hinblick darauf mit der sozialen Gesetzgebung endlich Schluß gemacht wird. Das Korrolat der Sozialgesetzgebung ist eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie. Freilich, auf Ihrem (zu den Sozialisten) haben Sie sich Mühe gegeben, einen gebildeteren Landbevölkerung. Gewiß, in Ihrer Partei, das erkenne ich an, ist viel Fühling, viel Streben. Aber Ihnen fehlt die Herzensbildung. (Abg. Dr. Hoffmann: Das sagen Sie!) Es ist nicht wahr, daß wir die Reichsversammlung erschüttern. Sie (s. d. Linke) haben einen Misshandlung im Reichstage getrieben, der jeder Beschreibung wert ist. In diesen Resolutionen war eine außerordentliche Provokation des Königs von Preußen enthalten. Wir lassen den süddeutschen Staaten ihre Eigenart, aber wir wünschen auch die Eigenart Preußens zu erhalten. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Ling (Ztr.)

Ich spreche über das Verhältnis der Staatsregierung zur Gemeindeverwaltung in der Rheinprovinz. Das Vorgehen des Polizeipräsidenten gegenüber dem Verband der Schutzleute läßt sich nicht rechtfertigen, denn in den Statuten des Vereins findet sich nichts Unangenehmes, nichts, was die Erfüllung der Beamtenpflicht beeinträchtigen könnte. Die Regierung darf den Zusammenstoß der Beamten zu Vereinen nicht durch solche harten Verbote zu hindern suchen. Ferner wendet sich der Redner gegen die verächtliche Schnüffelpraxis der privaten Detektivinstitute. Der Kölner Polizeipräsident hat die Tätigkeit der dortigen Polizei bloßgestellt. Auch die Sittenpolizei im Köln läßt die Fügel aber auf dem Boden schleifen. Der Redner beklagt weiterhin die Geburtserziehung, namentlich in den wohlhabenden Ständen der Großstädte, die wachsende Unfruchtbarkeit und den immer mehr um sich greifenden Gebrauch der Kontrazeptionsmittel, dem nur die relativ geringe Geburtenzahl entgegenwirken könnte. Die Bekämpfung der Unfruchtbarkeit würde auch durch den Einfluß der Jesuiten unterstützt werden. An ihnen würden wir ein Muster der Sitteneinheit haben. (Lachen s. d. Sop. — Beifall im Zentrum.)

Minister v. Döllner:

In Köln ist bereits am Anordnung der Regierung eine Verurteilung der Sittenpolizei erfolgt. Der Prozeß Solmann hat enthüllt, daß leider unwürdige Elemente lange Jahre in der Kölner Polizeimannschaft ihr Wesen getrieben hat, ohne daß es gelang, sie zu entfernen. Schon vor dem Prozeß Solmann haben die Behörden die Kölner Polizei unter die Lupe genommen; aber das eröffnete Verfahren gegen den Kommissar mußte wieder eingestellt werden. Im Jahre 1912 erfolgte ein Freispruch des Kommissars. Die Befähigung der Beamten ist nicht zu hoch gegen die höchsten Kölner Polizeibeamten. Aber das vom Staatsanwalt gegen den Polizeipräsidenten angelegte Verfahren hat die Vollständigkeit dieser Maßnahmen ergeben. Der Prozeß Solmann hat bewiesen, daß 30% der Kölner Polizeibeamten gegen den § 131 des Strafgesetzbuchs verstoßen haben. Dieses nichtsanftige Ergebnis hat zu Maßnahmen geführt, die eine Wiederholung derartiger Zustände verhindern sollen. Vielleicht hat auch eine Unklarheit über die Bestimmungen betreffend die Erstattung von Dienstaufträgen zu diesen Mißständen Anlaß gegeben. Das Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Jagow

gegen die Vereinigung der Berliner Polizeimannschaft ist durchaus zulässig, von einem Eingriff in das Vereinsgesetz kann keine Rede sein. Die Umänderung jenes Vereins haben die Teilnehmer entgegen, den Verein heimlich gegründet und schließlich einen Verband der gesamten Schutzmännerschaft von 6000 Mitgliedern unter dem Jure haben, einen Druck auf die vorgerichteten Behörden auszuüben. Als zur gleichen Zeit in England ähnliche Verbote erlassen wurden, hat sich dort nicht ein einziger Widerspruch dagegen erhoben. (Lebh. Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. Dr. Bachnick (Sp.):

Wir erheben den schärfsten Protest gegen die Ausführungen des Abg. Kardorff, der sich zum Jenseit des Reichstages aufwarf und von der Herzensbildung, die er von anderen verlangte, sich wenig bezeugte. In demselben Augenblick, wo Herr Kardorff die Nationalliberalen zu seiner Partei herüberzuziehen suchte, verlor er den Abg. Schiffer. Das wirtschaftliche Leben befindet sich in unaufhaltsamer Entwicklung. Da fordert der Abg. Kardorff einen Stillstand der Gesetzgebung. Das Reichsvereinsgesetz gilt für alle Deutschen, auch für die Beamten. Einschränkungen dürfen nur insoweit erfolgen, als es im Interesse des Diensts ist. Das Statut der von Jagow verbotenen Schutzmännervereinigung enthielt nichts, was eine Verletzung der Dienstpflicht hätte hervorbringen können. Die Mehrheit des Hauses steht nicht auf dem Standpunkte des Ministers. Die Schutzleute waren der Meinung, daß man erst den Verein gründen müsse, ehe man in ihn eintreten könne. Sie haben vielmehr den Verein gleich nach seiner Gründung angegriffen. Einer der Schutzleute, der sich für die Gründung des Vereins lebhaft interessiert hatte, wurde — das war die Antwort —

strafweise nach Jatzke verurteilt.

Der Gehalts der Organisation hat alle Kreise der Bevölkerung erfaßt. Sogar die Richter haben sich organisiert und dieser Organisation gehören sogar Minister an. Vielleicht bildet sich noch eine Vereinigung gewisser Minister (Gr. Hft.). Das Reichsvereinsgesetz muß ungenügend gehandhabt werden. Die unbefugten Eingriffe in dieses Gesetz müssen aufhören. Der Brief des Dr. jur. Jagow enthält juristisch und politisch höchst bedenkliche Sätze, die den schärfsten Widerspruch herausfordern. Er stellt einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren dar und hat eine Mißstimmung bis über die Grenzen des Vaterlandes hinaus erzeugt. Was geschieht nun dem Herrn v. Jagow? Was geschieht, um die Wiederholung eines solchen Eingriffs zu verhindern?

Der Minister verteidigt dem Hause die Auskunfts.

Zu dem Kontrollrecht des Parlaments gehört die Auskunftsspflicht der Regierung. Hinsichtlich der Erteilung von Regierungsauskünften über das Verfahren gegen hohe Beamte hat sich der Minister der Justiz auf einen anderen Standpunkt als der Minister des Innern gestellt. Erst vor wenigen Tagen hat uns der Justizminister nämlich mitgeteilt, daß der Vorsitzende im Mittelprozeß von der Justizverwaltung einen Beweis erhalten hat. Eine entsprechende Mitteilung über das Eingreifen der Regierung im Falle Jagow will der Minister des Innern nicht geben. Unser Beamtenrecht muß eine gesetzliche Basis erhalten. Vor allem müssen die unteren Beamten durch Rechtsgarantien vor Willkür geschützt werden. Die fortschrittliche Partei lehnt den nationalliberalen Antrag betreffend einen größeren Schutz der Arbeitswilligen und ein schärferes Vorgehen der lokalen Polizeibehörde beim Ausbruch von Streiks entschieden ab. Der Antrag der brennlichen Nationalliberalen geht noch weiter, als der Antrag der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Es ist schädlich, die unteren Polizeibeamten, die im Falle von Arbeitsstreitigkeiten kaltes Blut bewahren müssen, zu scharfen Vorgehen aufzureizen. Die konservative Unterfraktion haben Sie (zu den Nll.) ja. Im Reichstage erreichen Sie bei seiner jetzigen Zusammensetzung nichts. Sie beschwören also nur neue Kämpfe herauf zu

brücken der Sozialdemokratie neue Waffen in die Hand.

General! In ein Organisationsorgan vornehmen, muß das Gesetz eingreifen — mag es sich um Arbeitnehmer oder um Arbeitgeber handeln. Die bestehenden Bestimmungen sind vollkommen ausreichend für einen genügenden Schutz der Arbeitswilligen. Das Sozialgesetzgesetz Scheiterte die Justizhausverwaltung wurde abgewiesen — jetzt nennt man das gleiche Arbeitswilligen. Der ganze Antrag läuft auf ein Ausnahmengesetz hinaus. Was die Reform des preussischen Wahlrechts betrifft, so müssen die Minister, da die Aufgabe beim ersten Angriff nicht gelöst wurde,

legt eine neue Vorlage bringen, wenn sie das Wort des Königs respektieren. Das Volk verlangt danach. Nur wenn diese Frage gelöst ist, wird sich die Luft zwischen den Alt- und Neupreussen zwischen Süd- und Norddeutschland schließen. (Lebhafte Beifall links — Widerspruch rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (Natl.):

Die Rede des Abg. v. Kardorff hat uns nicht an die besten Zeiten der freikonservativen Partei erinnert. Die Gefahr, die die Sozialdemokratie bildet, besteht ebenso in ihrer Doktrin und in ihrer wirtschaftlichen Praxis, wie ganz besonders auch in dem Maß, den sie in der Bevölkerung gegen die großen Gestalten der Geschichte zu verbreiten befreit ist. Es ist z. B. unglücklich, in welcher Weise die von uns so hochverehrte Königin Luise von der „Bremer Bürgerzeitung“ und in sozialdemokratischen Lichtbildern vortragen anlässlich der Hundertjahrfeier im vorigen Jahr beschmutzt worden ist. Die wirtschaftlichen Ideen der Sozialdemokratie sind, das geben die Revisionisten zu, durch die Entwicklung immer mehr entkräftet worden. Durch den Haß, den die Sozialdemokratie verbreitet, erreicht sie nur eine Stärkung des Einflusses der Rechten. So erwächst uns die Aufgabe, die nationalen Arbeiterorganisationen, die wir für den inneren Frieden unserer nationalen Entwicklung gebrauchen, immer mehr zu stärken. Im Zusammenhang damit beklagen wir die Streitigkeiten, die sich im Anschluß an die Gewerkschaftszusammenkünfte in den letzten Tagen in der Presse abgepielt haben — gerade aus dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Können wir auch

das Vorgehen der christlichen Gewerkschaften durchaus nicht immer gutheißen.

So beklagen wir die Auslassungen des Kardinals Kopp, die die Gefahr einer Zertrümmerung der christlichen Gewerkschaften heraufbeschworen haben. Unser Antrag will nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Es wäre politischer Wahnsinn, den Arbeitern das Grundrecht der Koalition nehmen zu wollen. Wir wenden uns nur gegen die Ausartung des Koalitionsrechts im Koalitionszwange. — In folgenden Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Kirchenanstaltsbewegung. Viele Arbeiter treten nicht aus Überzeugung aus der Kirche aus, sondern unter dem terroristischen Zwange der Sozialdemokratie und ihrer verheerenden Agitation. Allerdings hat sich die Kirche in einer sehr ungeschickten Weise gegen die Austrittsbewegung zu wehren gesucht. Mit Recht hat der Abg. Viehnecht betont, daß ein innerer Zusammenhang zwischen der Konfession und der Kriminalität nicht besteht. Der Redner bespricht im folgenden eine Reihe von Ausschreitungen echter Konserver, fortschrittlicher und Zentrumsblätter gegen die nationalliberale Partei, und tritt für eine Fortsetzung der bisherigen Politik ein. Der § 1 des Schulgesetzes darf nicht aufgehoben werden (München im Zentr.). Wir erwarten, daß uns die Regierung in der nächsten Session eine Vorlage zur Reform des Wahlrechts vorlegen wird. Das Herrhaus muß mehr als bisher ein politisches Spiegelbild des Volkes werden. (Weiterer links.) (Beifall s. d. Natl.)

Abg. Dr. Seyda (Pole)

bespricht ausführlich die systematische Unterdrückung der Polen durch die preussische Regierung mittels einer unzulässigen Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes und kritisiert an Hand zahlreicher Dokumente die gegenseitigen Dienste, die sich im Polenkampf die Regierung und der Ostmarkenverein leisten. (Zurück Dr. Hoffmann: Eine Hand wäscht die andere!) — Die intimen Beziehungen des Ostmarkenvereins zu den Mathusen, die in Zusammenhang mit den gewalttätigen Methoden des Anarchismus gegen die Polen vorgehen, beweisen die ganze Verlogenheit der konservativen Staatschützen. Der Ostmarkenverein treibt ferner die Regierung zu einer scharfen Durchsichtung des Unternehmungsgesetzes an. In dem geheimen Briefwechsel des Ostmarkenvereins wird der Kaiser reichlich in der Weise mit Nummer 59, der Reichskanzler mit Nr. 61 und der Regierungspräsident Schwarzkopf mit „Schwarzkopf“ bezeichnet. Geht auf die preussische Verfassung zweifeln wir nicht, daß auch auf uns der Satz seine Geltung finden wird: Non cuique. (Beifall s. d. Polen.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Kardorff, in der er sich verwarft mit seinem Angriff auf den Abg. Schiffer die nationalliberale Partei angegriffen zu haben, verlag sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr: Zentrum: Interpellation wegen der Automobilfälle und Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Schluß: 5 1/2 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Abolf Ged vollendete am 9. Februar sein 60. Lebensjahr. Jahrzehnte aufreibenden Kampfes hat er hinter sich, denn er stand schon in den ersten Jahren des Ausnahmengesetzes auf dem badischen Vorposten und holte sich in jener Zeit anderthalb Jahre Gefängnis. Das badische Parteiblatt, „Der Volksfreund“, ward von ihm gegründet und lange Zeit auf eigene Gefahr von ihm herausgegeben. 1897 begann die parlamentarische Laufbahn Abolf Gedes mit seinem Eintritt in den badischen Landtag, dem er jetzt noch angehört; in Reichstag vertrat er die badische Residenz von 1894 bis 1912. Seit 1902 gehört Abolf Ged auch der Kontrollkommission der Partei an.

Frauenbewegung.

Eine Frauenkonferenz des Bezirks Nordwest tagte am Sonntag im Parteihause in Bremen. Der Bericht des Bezirkssekretärs ergab, daß die Frauenorganisation des Bezirks im letzten Jahre an einzelnen Orten sehr gute Fortschritte gemacht hat, während namentlich in den Orten, wo die Werftarbeiter wohnen, die Zahl der politisch-organisierten Frauen infolge des Werftarbeiterstreiks zurückgegangen ist. Die Zahl der organisierten Frauen stieg in den 5 Wahlkreisen vom 1. April 1913 bis 1. Januar 1914 von 5726 auf 6224 Mitglieder. — Zum Schluß sprach die Genossin Fiebig über die Agitation unter der weiblichen Jugend. Aufgabe der Frauen sei insbesondere, sich in den Dienst der Jugendbewegung zu stellen.

Als alleinständiges Waschmittel ist

Minlos = Waschnpulvers

Wie ein Mann hängen Millionen davon.



18964

Nur echt mit dieser Schutzmarke seit langem geschätzt und berücht

Preis: 25 Pfennige das Ein-Pfund-Paket

Zu haben in allen Drogen-, Kolonialwaren- u. Galanteriewarenhandlungen.